Zeitschrift: Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge

Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz

Band: 165 (1997)

Heft: 35

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizerische Kirchenzeitung

KIRCHE

35/1997 28. August 165. Jahr

ISSN 1420-5041. Erscheint jeden Donnerstag

Verantwortung für die Zukunft
Der Leitbegriff «Nachhaltige Entwicklung» und die Frage nach der Zukunft der Schweiz. Eine Anregung von
Rolf Weibel 493

Schmetterlinge in der Kirche
Ein Bericht von
Robert Lendi 494

Amtlicher Teil 495

Ein Klima der Hoffnung
Dossier SchöpfungsZeit '97: Das Magazin der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt (OeKU) zur SchöpfungsZeit 1997 «Klima der Hoffnung – Leben mit mehr Stil und weniger Energie» 497

Hinweise 517

Schweizer Kirchenschätze
Kartause La Valsainte, Cerniat (FR): Pietà (Herkunft unbekannt)

Verantwortung für die Zukunft

«Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit» heisst das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.[1] Weil die Solidarität sich nicht nur auf die gegenwärtige Generation bezieht, sondern die Verantwortung für die kommenden Generationen einschliesst, führte dieses Wort als eine Zielperspektive den Leitbegriff der Nachhaltigkeit ein. In einer ethischen Perspektive wird damit von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung verlangt, dass sie dauerhaft umweltgerecht und damit auch zukunftsfähig sei.[2]

In den kommenden zwei Jahren führen die Schweizer Bischofskonferenz und der Schweizerische Evangelische Kirchenbund eine Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz durch.[3] Es ist anzunehmen, dass dabei auch entwicklungspolitische und ökologische Fragen zur Sprache kommen werden. Hier könnte sich die kirchliche Konsultation mit jener der grossen schweizerischen Hilfswerke verschränken. Diese haben nämlich als «Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas» eine «Nord/Süd-Kampagne für Nachhaltige Entwicklung» mit Leitlinien für die Schweiz auf dem Weg ins 21. Jahrhundert lanciert. Damit möchten sie die Problematik der Nachhaltigen Entwicklung in die öffentliche Debatte bringen und mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aus den Bereichen von Politik, Wirtschaft, Kirchen, Kultur und Nichtregierungsorganisationen, aber auch mit den vielen, die die Hilfswerke mittragen, erörtern. Damit möchten sie gleichzeitig einen Beitrag zur Erarbeitung von Leitlinien für die Schweiz auf dem Weg ins nächste Jahrtausend leisten.

Um die Debatte anzuregen, hat die Arbeitsgemeinschaft ein «Nord/Süd-Manifest für Nachhaltige Entwicklung» erarbeitet, das sie gleichzeitig mit einer «Erklärung des Südens zur Unterstützung der Nord/Süd-Kampagne für Nachhaltige Entwicklung» veröffentlicht hat. Das Nord/Süd-Manifest mit seinen 21 Thesen zur Rolle der Schweiz auf dem Weg ins 21. Jahrhundert wurde im Januar 1997 an einem internationalen Workshop mit Vertretern des Südens diskutiert und revidiert; mit ihrer «Erklärung des Südens» unterstützen seine Vertreter die Kampagne mit eigenen Ideen und Ansichten. Sie halten namentlich dafür, dass die bevorstehende Jahrhundert- und Jahrtausendwende eine günstige Gelegenheit «zur Bewertung des Misserfolgs der kapitalbestimmten und marktorientierten Entwicklungsrichtlinien» bietet. Auch das schweizerische Manifest klagt darüber, dass sich bei den vorherrschenden, vom Ungleichgewicht der Macht und einer undifferenzierten neo-liberalen Ideologie geprägten Rahmenbedingungen die positiven Seiten einer all-

gemeinen Globalisierung in ihr Gegenteil verkehren. Es erklärt aber auch, dass die Länder des Südens auf dem Weg zu einer gerechteren und dauerhaften Entwicklung ihrerseits entscheidende Schritte tun müssen. Mit seinen Thesen, die ausdrücklich nur die Rolle der Schweiz bedenken, fordert das Manifest zunächst die schweizerische Politik auf, «dem Süden aussenpolitisch Gewicht zu geben». Weil mit der weltweiten Liberalisierung der Märkte und der wirtschaftlichen Globalisierung die Bedeutung des Staates abnimmt, jene der Wirtschaft aber wächst, mahnt das Manifest sodann die schweizerische Wirtschaft, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen.

Als ungebundene dritte Kraft neben Politik und Wirtschaft können die Akteure der Zivilgesellschaft gegen wirtschaftliche Marginalisierung, soziale Ausgrenzung, politische Entmündigung und ökologische Zerstörung aktiv antreten; deshalb wird anschliessend diese Zivilgesellschaft ermuntert, die Machthabenden herauszufordern. Sodann werden die Individuen aufgefordert, die Zukunft mitzugestalten und dabei einen Lebensstil zu wählen, der einer Nachhaltigen Entwicklung entspricht; mit dem Slogan «Gemeinsam Lernen – Gemeinsam Überleben» wird im Gefolge der Nachhaltigen Entwicklung schliesslich ein neuer Gesellschaftsvertrag angesprochen.

Eine Verschränkung der Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz mit der Nord/Süd-Kampagne für Nachhaltige Entwicklung könnte in diese Kampagne auch christliche und kirchliche Gesichtspunkte einbringen, die in die vorliegende Struktur des Manifestes gut eingetragen werden könnten. So gut, dass sich die Frage aufdrängt, weshalb die beteiligten kirchlichen Hilfswerke dies nicht gesehen und wahrgenommen haben.[4] *Rolf Weibel*

[1] Vgl. Wilfried Lochbühler, «Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit», in: SKZ 165 (1997) Nr. 18, S. 278–286.

[2] In der SKZ wird demnächst ein Beitrag das Thema der Nachhaltigkeit darstellen.

[3] Auf katholischer Seite für das Projekt verantwortlich ist die Nationalkommission Justitia et Pax, Postfach 6872, 3001 Bern, Telefon 031 - 381 59 55.

[4] Im Abschnitt «Zivilgesellschaft: Die Machthabenden herausfordern» sind die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften als Akteure der Zivilgesellschaft wohl namentlich aufgelistet, doch kommen sie nur in der letzten These zum gemeinsamen Lernen vor, die zu diesem Lernen unter anderem aufzählt, «von der weltanschaulichen Kraft der Religionen und ihrem Beitrag zu einer neuen Ethik der Nachhaltigkeit zu lernen».

Kirche in der Schweiz

Schmetterlinge in der Kirche

Die Mitglieder der Pastoralplanungskommission (PPK) der Schweizer Bischofskonferenz trafen sich am 13./14. Mai 1997 zur 63. Plenarversammlung im Haus Bruchmatt in Luzern, um hauptsächlich über den Schlussbericht ihrer Arbeitsgruppe 2 (AG 2) «Prospektive» zu beraten und zu beschliessen.

■ Solidarische Freiheit

Schmetterlinge auf einer grünenden Pflanze schmückten jeden Platz am Sitzungstisch der Plenarversammlung, an welchem die AG 2 ihren Schlussbericht mit diesem Symbol der PPK überreichte. Um es gleich vorwegzunehmen: Der Bericht mit dem Titel «Solidarische Freiheit in Kirche und Gesellschaft. Anregungen für eine Neue Evangelisierung der katholischen Kirche in der Schweiz» wird mit Sicherheit in naher Zukunft viele kirchliche und weniger kirchliche Schmetterlinge zum Flattern bringen im Raum der «solidarischen Freiheit». Und er wird in der kirchlichen (und sicherlich auch in der gesellschaftlichen) Öffentlichkeit noch viel zu reden, zu diskutieren, zu planen und weiterzuarbeiten geben.

Anlass und Ausgangspunkt für den Arbeitsprozess und den Studienbericht der AG 2 war die Nationalfonds-Studie «Jede(r) ein Sonderfall? Religion in der Schweiz». Diese Studie offenbarte eine weitgehende Individualität oder Individualisierung der Religiosität. Dem galt es, einen Kontrapunkt in einer neuen Sprache/Begrifflichkeit der Verkündigung entgegenzusetzen. Die AG 2 fand ihn in den Begriffen von «Freiheit» und «Solidarität».

■ Bedenken und Hoffnungen

Auch wenn die einzelnen Diskussionsgruppen und die Plenarversammlung der PPK am Bericht etwa bemängelten, er sei zu kopflastig, zu stark von deutschsprachiger Philosophie geprägt, zu fern von den Ideen der lateinamerikanischen Befreiungstheologie und vernachlässige feministisches Gedankengut (immerhin wurde der Bericht in einer «Erprobungsphase» in konkreten Projekten und durch verschiedene Fachleute geprüft und für gut befunden), verabschiedete die PPK-Plenarversammlung den Bericht der AG 2 als solide Arbeitsgrundlage für sich selber und hoffnungsvolles Leitbild für die Kirche Schweiz.

Die PPK wird diesen Bericht auftragsgemäss der Schweizer Bischofskonferenz unterbreiten in der Hoffnung, dass die Schweizer Bischöfe sich intensiv mit diesem Bericht beschäftigen werden (eventuell in einem ausserordentlichen Studientag der SBK) und die Kernaussagen dieses Berichtes zu ihrer eigenen Denkweise und zu einem Leitbild für die Traktanden der Bischofskonferenz sowie zu einem Zukunftsleitbild der Kirche Schweiz (und all ihrer Organe) machen wird. Aus dem Kreis der PPK-Mitglieder fiel auch der Vorschlag, den Studienbericht zu einer Weiterbildungsgrundlage in den Dekanaten auszugestalten (eventuell mit methodisch-didaktischen Hinweisen). Im Detail wird ein weiterer Bericht in der SKZ über die Studie der AG 2 anlässlich der Veröffentlichung ausführlich informieren.

■ Frauenkirche Luzern

Anlässlich ihrer Plenarversammlung nahm die PPK auch die Gelegenheit wahr zu einer Begegnung mit Vertreterinnen des «Vereins Frauen und Kirche», Luzern, hat die PPK unter anderem doch auch den Auftrag, para-, inner- und ausserkirchliche Gruppierungen und Bewegungen zu beobachten, vor allem in deren Verhältnis zu den Pfarreien. Die Begegnung mit und die Vorstellung der «Frauenkirche» durch die

drei Frauen Li Hangartner, Silvia Huber Studhalter und Esther Bisig-Bächler war für die PPK ein spannendes Erlebnis. Die abwechslungsreiche methodische Darlegung ihrer Anliegen und ihres Selbstverständnisses, vor allem auch ihre ökumenische Ausrichtung, vermochten die PPK davon zu überzeugen, dass die «Frauenkirche» ein ernstzunehmender und aktiver Teil der Kirche ist, wenngleich auch ein recht unbequemer, provokativer und bezüglich innerkirchlicher Probleme fordernder (Frauenordination, Gleichstellung der Frau in der Kirche usw.). Die PPK wurde einmal mehr herausgefordert, sich mit kirchlichen Bewegungen und Gruppen auseinanderzusetzen und wird alle Erfahrungen mit Bericht und Empfehlungen zum pastoralen Umgang mit diesen Gruppierungen innerhalb der Kirche und in den Pfarreien der Bischofskonferenz gelegentlich unterbreiten.

■ **Übrige Geschäfte**

Nebst den üblichen Geschäften wie Jahresrechnung verabschiedete die PPK-Plenarversammlung auch ihr Arbeitsprogramm bis 1999. Schwerpunkte darin sind: Pastoraler Umgang mit Konfessionslosen, Pastorale Zusammenarbeit in Pfarreiverbänden, Kirche – Bewegungen – Pfarreien, Freiwillige Mitarbeit in der Kirche, Mitarbeit bei der EXPO 2001 und bei der «Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Situation der Schweiz», Medienkonzept für die Katholische Kirche Schweiz und anderes. Ein wichtiger Punkt wird auch sein, inwiefern sich die AG 3 «Mitfinanzierung» der PPK in Fragen der Finanzierung gesamtschweizerischer und sprachregionaler Institutionen vor allem aus dem Blickwinkel der pastoralen Prioritäten profilieren bzw. nützlich machen kann.

Als letzte, aber nicht minder wichtige Aufgabe beschäftigt sich die PPK jährlich mit der Vorbereitung und der Durchführung der «Interdiözesanen Koordination» (IKO), der Versammlung der Delegierten der diözesanen und kantonalen Seelsorgeräte. Diese findet dieses Jahr statt am 19./20. September 1997 in Bethanien/St. Niklausen (OW). Hauptthema wird nebst dem Informationsaustausch die Frage sein: «Wie können wir als Seelsorgeräte das Anliegen der ‹Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz› in den Seelsorgeräten auf allen Ebenen zum Tragen bringen?» *Robert Lendi*

Dr. theol. Robert Lendi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im SPI (Schweizerisches Pastoralsoziologisches Institut, St. Gallen), das unter anderem die Arbeitsstelle der Pastoralplanungskommission der Schweizer Bischofskonferenz (PPK) führt

Amtlicher Teil

Alle Bistümer

■ **Die Überlebenshilfe nicht gefährden**

Zur Volksinitiative «Jugend ohne Drogen»

Das Drogenproblem ist vielseitig und komplex. Sucht hat viele Ursachen – neben der Droge selbst spielen auch persönliche und soziale Umstände sowie gesellschaftliche und kulturelle Einflüsse eine wichtige Rolle. Die einzelnen Drogen ziehen deshalb entsprechend ihrem Abhängigkeitspotential und der Gebrauchsweise unterschiedliche Folgen und Nebenwirkungen nach sich. Die sozialen Probleme und das Leiden vieler Menschen, verursacht durch die Suchtabhängigkeit, stellen unsere Gesellschaft vor schier unlösbare Aufgaben.

Die christliche Ethik lässt sich vom Beispiel Jesu leiten. Sie stellt den notleidenden Menschen und dessen Würde in den Vordergrund. Daher gilt auch gegenüber den am Rand stehenden drogenabhängigen Menschen die Aussage Jesu: «Was immer Ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan» (Mt 25,40 ff.).

Die Schweizer Bischöfe sind beunruhigt über den fehlenden Differenzierungsgrad der Initiative «Jugend ohne Drogen», die am 28. September 1997 dem Schweizer Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Weil ihnen der von der Initiative vorgeschlagene Weg und die damit zu ergreifenden Massnahmen nicht geeignet scheinen, betrachten sie die Initiative aus folgenden Gründen als nicht förderlich für die Lösung des Drogenproblems:

1. Titel und Forderungen der Initiative «Jugend ohne Drogen» sind irreführend und vereinfachend. Jenen, die für eine andere Drogenpolitik eintreten, scheint man die unehrliche Absicht zu unterstellen, sie würden sich für eine Jugend mit Drogen einsetzen. Selbstverständlich kann niemand für eine «Jugend mit Drogen» sein.

2. Das vielschichtige Drogenproblem kann nicht mit vereinfachenden Radikallösungen angegangen werden. Die Initiative «Jugend ohne Drogen» gibt Versprechungen ab, die sie nicht einhalten kann.

3. Eine Annahme der Initiative «Jugend ohne Drogen» wäre kontraproduktiv. Die Politik des Bundes, die auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadenverminderung/Überlebenshilfe und Repression beruht, müsste aufgegeben werden. Damit würde die erfolgreiche Arbeit, die in den letzten Jahren auf den unterschiedlichsten Ebenen geleistet wurde, in Frage gestellt.

Das Ausmass des Drogenproblems und das Schicksal der drogenabhängigen Menschen und ihrer Angehörigen bereiten den Bischöfen grosse Sorgen. Ebenso besorgt sind die Bischöfe über die gravierenden Folgen des übermässigen Konsums von Alkohol und Tabak sowie den Missbrauch von Medikamenten. Sie weisen ferner auf die internationale Dimension des Drogenproblems hin, die unter anderem im organisierten Verbrechen ihren Ausdruck findet. Gegen alle diese eng miteinander verknüpften Probleme vermag eine einseitige, vorwiegend auf Repression basierende Drogenpolitik nichts auszurichten. Notwendig sind differenzierte Lösungsansätze, wie sie der Bundesrat mit seiner Vier-Säulen-Politik verfolgt. Die Bischöfe unterstützen deshalb die Politik des Bundesrates.

Die Initiative «Jugend ohne Drogen» würde die Überlebenshilfe verunmöglichen und die Aids-Prävention in Frage stellen. Damit richtet sich die Initiative direkt gegen die drogenabhängigen Menschen. Im Gegensatz dazu wollen christliche Ethik und christliches Handeln die Menschen am Rand wieder in die Gemeinschaft zurückführen und nicht noch weiter ausgrenzen.

Die Schweizer Bischofskonferenz empfiehlt die Initiative «Jugend ohne Drogen» zur Ablehnung.

Freiburg, den 21. August 1997

Die Schweizer Bischofskonferenz

Bistum Basel

■ **Stellenausschreibungen**

Die auf Ende Jahr vakant werdende Pfarrstelle *Wangen-Niederbipp* (BE) wird für einen Pfarrer oder einen Gemeindeleiter/eine Gemeindeleiterin zur Wiederbesetzung ausgeschrieben.

Die vakante Pfarr-Rektoratsstelle *Worb* (BE) wird für einen Pfarrer oder einen Gemeindeleiter/eine Gemeindeleiterin zur Wiederbesetzung ausgeschrieben.

Für die Arbeitsstelle für katholische *Jugendseelsorge im Aargau* wird ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin für ein 50-%-Pensum gesucht. Eine genaue Umschreibung finden Sie im Inserateteil dieser Ausgabe.

Interessenten melden sich bitte bis zum 16. September 1997 beim diözesanen Personalamt, Baselstrasse 58, 4501 Solothurn.

Wahlen und Ernennungen

Peter Rüegger-Hauser auf den 15. August 1997 zum Gemeindeleiter von Nottwil (LU) im Seelsorgeverband Nottwil-Oberkirch;

P. *Paul Meier* SMB auf den 1. August 1997 zum Priester im Seelsorgeverband Nottwil-Oberkirch (mit Pfarrverantwortung);

Rudolf Schaller, bisher Kaplan in der Pfarrei St. Niklaus, Solothurn, auf den 6. August 1997 zum Pfarrer von Ufhusen (LU);

Heinz Werder-Wullimann, bisher Gemeindeleiter ad interim in der Pfarrei Büren im Seelsorgeverband Lyss-Ins-Büren a.d.A., auf den 24. August 1997 zum Gemeindeleiter der Pfarrei Büren.

Dr. *Jean-Louis Stoffel-Bauhaus* auf den 24. August 1997 zum Gemeindeleiter von St. Peter, Schaffhausen.

Einschränkung der Seelsorgetätigkeit

Der damalige Diözesanbischof Otto Wüst hat im Jahre 1993 festgelegt, dass der Redemptoristenpater Franz-Toni Schallberger, Baden, im Bistum Basel «keine seelsorgerlichen Tätigkeiten in Form von Erteilen von Exerzitien, von Meditationen, in Form von seelsorgerlicher und therapeutischer Einzelbegleitung und in Form von Vorträgen» ausübt. Diese Einschränkungen haben weiterhin Geltung.

Rudolf Schmid
Generalvikar

Bistum Chur

Priesterexerzitien

Zu den seit Jahren von unserem Ordinariat ausgeschriebenen Exerzitien laden wir alle interessierten Priester freundlich ein. Die Exerzitien finden vom Montag, 13. Oktober, abends 18.00 Uhr (Beginn mit der Vesper), bis Freitag, 17. Oktober 1997, nach dem Mittagessen, im Bildungszentrum Neu-Schönstatt in Quarten statt. Sie stehen unter der geistlichen Leitung von Herrn Pfarrer Dr. Erwin Keller, St. Gallen. Thema des Exerzitien-Kurses: «Durch Gottes Willen Apostel Christi Jesu».

Anmeldungen bitte bis spätestens 14 Tage vor Kursbeginn an: Bildungszentrum Neu-Schönstatt, z. Hd. Sr. Sabina Ritz, 8883 Quarten (SG), Telefon 081-739 18 18/Durchwahl 081-739 11 01.

Bischöfliches Ordinariat Chur

Bistum St. Gallen

Mosnang-Libingen-Mühlrüthi: Einsetzung von Pfarrer und Pastoralassistent

Unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung hat am Wochenende vom 9./10. August 1997 Vizedekan Josef Buchmann *Bernhard Sohmer* als Pfarrer und *Armin Fässler* als Pastoralassistent von Mosnang, Libingen und Mühlrüthi eingesetzt. Die beiden wohnen im Pfarrhaus Mosnang. Nach seiner Regenstätigkeit und seinem Teilpensum als Pfarrer von St. Gallen-St. Georgen ist nun Bernhard Sohmer ganz in die Pfarreiseelsorge zurückgekehrt. Bis zum Amtsantritt des neuen Regens bleibt er Ansprechpartner für Studierende. Armin Fässler hat den letzten von Bernhard Sohmer begleiteten Pastoralkurs besucht.

St. Gallen-Rotmonten: Einsetzung von Pfarrer und Pfarreibeauftragten

Festlich-fröhlich ist am Sonntag, 17. August 1997, in der Pfarrei Rotmonten das neue Seelsorgeteam begrüsst worden. Vizedekan Alfons Sonderegger nahm die Installation vor. Pfarrer *Roland Strässle* stellt seine priesterlichen Dienste nun den Pfarreien St. Fiden und Rotmonten zur Verfügung. *Ursula Baumgartner* war vor ihrer Wahl zur Pfarreibeauftragten während sieben Jahren Pastoralassistentin in Niederuzwil.

Steinach-Tübach-Berg: Pfarradministrator installiert

Im Seelsorgeverband Steinach-Tübach-Berg wirkt neu ein Dreierteam, und zwar Pallotinerpater *Gregor Rakoczy* als Pfarradministrator und *Vreni Ammann* als Katechetin und Ansprechperson in Berg sowie der bisherige Pfarreibeauftragte *Elmar Tomasi,* Steinach. Eine Einsetzungsfeier mit Dekan Georg Schmucki fand in allen drei Pfarreien statt, um zu unterstreichen, dass die drei Seelsorger in Steinach, Tübach und Berg im Team die ihnen aufgetragenen Aufgaben erfüllen werden.

Orden und Kongregationen

Im Herrn verschieden

P. Stanislaus Barbey O.Cist

Am 8. August 1997 starb in der Abtei Mehrerau P. Stanislaus Barbey O.Cist., von Morlon (FR), Konventuale von Hauterive. Er stand im 83. Lebensjahr, im 53. seiner Profess und im 49. seines Priestertums.

Autoren und Autorinnen dieser Nummer

Dr. Iso Baumer, Rue Georges-Jordil 6, 1700 Freiburg

Dr. P. Leo Ettlin OSB, Benediktinerhospiz, 5630 Muri

Dr. Robert Lendi, SPI, Postfach 1926, 9001 St. Gallen

Schweizerische Kirchenzeitung

Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge
Amtliches Organ der Bistümer Basel, Chur, St. Gallen, Lausanne-Genf-Freiburg und Sitten

Hauptredaktor
Rolf Weibel, Dr. theol.
Postfach 4141, 6002 Luzern
Telefon 041-429 53 27, Telefax 041-429 53 21
E-Mail: raeberdruck@logon.ch

Mitredaktoren
Adrian Loretan, lic. theol., Dr. iur. can., Professor
Sälihalde 23, 6005 Luzern
Telefon 041-240 65 33
Urban Fink, lic. phil., Dr. theol. des.
Postfach 7231, 8023 Zürich
Telefon 01-262 55 07
Heinz Angehrn, Pfarrer
Kirchweg 3, 9030 Abtwil
Telefon 071-311 17 11

Verlag/Administration
Raeber Druck AG
Maihofstrasse 74, 6002 Luzern
Telefon 041-429 53 20, Telefax 041-429 53 21
E-Mail: raeberdruck@logon.ch

Abonnemente/Inserate
Telefon 041-429 53 86, Telefax 041-429 53 67
Postkonto 60-16201-4

Abonnementspreise
Jährlich Schweiz: Fr. 115.– zuzüglich MWST, Ausland Fr. 115.– zuzüglich MWST und Versandgebühren (Land/See- oder Luftpost);
Studentenabonnement Schweiz: Fr. 76.– zuzüglich MWST;
Einzelnummer: Fr. 3.– zuzüglich MWST und Porto.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Nicht angeforderte Besprechungsexemplare werden nicht zurückgesandt.

Redaktionsschluss und Schluss der Inseratenannahme: Montag, Arbeitsbeginn.

SchöpfungsZeit '97

Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt

OeKU

Ein Klima der Hoffnung

Bewahrung der Schöpfung

Vor fünfzehn Jahren hat ein Ausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen empfohlen, «die Mitgliedkirchen in einen konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzubinden». Dieser Gedanke wurde bald auch von der Schweizerischen Evangelischen Synode (SES) aufgenommen; sie fasste ihre gesellschaftspolitischen Anliegen mit «Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung (GFS)» zusammen. Dabei stellte sie fest, dass es wohl für den Bereich «Gerechtigkeit und Frieden», nicht aber für «Bewahrung der Schöpfung» kirchliche Einrichtungen gab. Ihr Einsatz für die Schaffung einer solchen Einrichtung führte 1986 zur Gründung der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt (OeKU). Sie ist heute noch die Institution, die das Umweltengagement der christlichen Kirchen in der Schweiz wachhält und fachlich begleitet – ein Hilfswerk für die Umwelt. Ökumenisch war die OeKU von Anfang an, weil in der SES katholische Beobachter voll mitarbeiteten und weil zum andern der Glaube an Gott als «den Schöpfer des Himmels und der Erde» unter Christinnen und Christen theologisch wenig strittig ist. So ist es für uns auch folgerichtig, dass die «Reformierte Presse» und die katholische «Schweizerische Kirchenzeitung» das Magazin der OeKU zur SchöpfungsZeit 1997, «Klima der Hoffnung – Leben mit mehr Stil und weniger Energie», als Gemeinschaftswerk produzieren. In die Zeit zwischen dem orthodoxen Tag der Schöpfung (1. September) und den Erntedankfeiern bzw. dem Gedenktag des heiligen Franz von Assisi (4. Oktober) soll so eine Aktion der Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung gesetzt werden.

«Reformierte Presse» (RP):
Ulrich Frei

«Schweizerische Kirchenzeitung» (SKZ):
Rolf Weibel

500 Das Lebensstilengagement der Schweizer Kirchen
502 Die Klimafrage in der ökumenischen Bewegung
504 Hoffen auf eine verbindlichere Klimakonvention?
508 Klimaänderungen betreffen am meisten die Dritte Welt
510 Chancen einer Energiewende für die Schweiz
512 Europas Kirchen werden aktiv
513 Eine Umkehr müsste in den Kirchen gelingen
514 Energiesparen lohnt sich, auch für Kirchgemeinden
516 Bestellformular

Titelbild: Sonnenblumenfeld (Foto: epd-bild/Neetz)

Dossier **«SCHÖPFUNGSZEIT 97» HERAUSGEBER** Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt (OekU), Postfach 7449, 3001 Bern, Tel. 031/371 44 14, Fax 031/371 12 64 **REDAKTION/KONZEPTION** Reto D. Jenny und Kurt Zaugg, OekU, Christoph Möhl, RP **PRODUKTION** Reformierte Presse, Badenerstrasse 69, 8026 Zürich, Telefon 01/299 33 21, Fax 01/299 33 93 **LAYOUT** Kathrin Huther **LEKTORAT** Marianne Sievert **SATZ** Fischer Druck AG, 3110 Münsingen

WALTER LUDIN

Der ökologischen Zerstörung kann wirksam begegnet werden, «wenn wir die Zeit nutzen und Politik und Spiritualität immer mehr zusammenbringen». Diese Ansicht wurde im vergangenen Frühjahr während einer interreligiösen Tagung in Bad Schönbrunn geäussert. Buddhistische Referenten betonten dort, die spirituelle Erfahrung des Einsseins mit allen Geschöpfen verhelfe dazu, Mitgefühl und Mitverantwortung für die Welt zu entwickeln.

Ausserchristliche «Fremdprophetie» kann uns anregen, uns auf die eigene Spiritualität der Schöpfung zu besinnen. Dieser begegnen wir besonders im Sonnengesang des Franz von Assisi, dessen Fest ja nicht zufällig einen Eckpunkt unserer SchöpfungsZeit darstellt. Er ist das wohl eindrücklichste poetisch-theologische Zeugnis der untrennbaren Einheit aller Geschöpfe, die alle denselben Vater/dieselbe Mutter haben.

Leonardo Boff, auch nach seinem Austritt aus seinem franziskanischen Orden zutiefst Franziskaner geblieben, schreibt dazu: «Von dorther erleben Christinnen und Christen, auch auf emotionaler Ebene, das Band radikaler Geschwisterlichkeit, das sie mit allen Wesen verbindet, von der Ameise auf dem Weg bis hin zum entferntesten Stern, vom einfachsten Elementarteilchen bis hin zur Milchstrasse oder zum gewaltigsten Quasar des Weltalls. So entfalten sie eine Haltung tiefster Verehrung für jedes Sein der Schöpfung. Und gerade diese Haltung ist unerlässlich, wollen wir sichergehen, dass die Schöpfung heil und uns erhalten bleibt.»

Schöpfungszeit

Kosmischer Christus

In der Mitte der universalen Sicht der Christen und Christinnen steht der kosmische Christus. Es ist das Verdienst von Theologen wie Leonardo Boff und Matthew Fox, diese verdrängte Glaubenswahrheit von neuem für eine zeitgemässe Spiritualität fruchtbar gemacht zu haben. Hier fehlt der Platz, um «begreifbar zu machen, welches die Breite und Länge, die Höhe und Tiefe» (vgl. Eph 3, 18) dieser Vorstellung ist. Es sei hier bloss auf die betreffende Stelle im Kolosserbrief (1, 15–20) verwiesen, die in kosmischer Dimension von der versöhnenden Kraft Christi berichtet.

Die Evangelien berichten öfters von der Versöhnung, die Jesus im Zeichen des Reiches Gottes schafft. Bereits in der Erzählung von der Versuchung Jesu mit ihrem Hinweis, er habe mit wilden Tieren zusammengelebt (Mk 1,13), wird etwas von der eschatologischen Vision von Jesaja (Kap. 11 u. 65) realisiert. In der Bergpredigt preist Jesus jene selig, die es wagen, den umfassenden Schalom zu leben, der in der Sicht der Bibel alles Geschaffene umfasst. Der Pfingstgeist erweist sich als eine Kraft, die Unmögliches möglich macht und imstande ist, das Antlitz der Erde zu erneuern.

Kleine Schritte

Wie sehr der nachösterliche Christus schon vor Pfingsten den Jüngern Hoffnung schenkt und Mut macht, das unmöglich Scheinende in Angriff zu nehmen, zeigt die Geschichte der Emmausjünger. Angesichts der hereinbrechenden Nacht sind sie fest davon überzeugt, dass ein Weiterreisen unmöglich ist. Als sie aber den Herrn erkannt hatten, brachen sie «in derselben Stunde» auf, um nach Jerusalem zurückzukehren. Die Angst vor der Nacht ist wie weggeblasen. Kein Wort mehr von der Unmöglichkeit, in dieser späten Stunde noch etwas zu unternehmen.

Die Begegnung mit dem kosmischen Christus und die buddhistische wie franziskanische Erfahrung des Einsseins mit allen Geschöpfen wird auch unsere Angst und Passivität überwinden: die Angst, der «ökologische Abend» sei schon so weit fortgeschritten, dass wir nichts Sinnvolles mehr tun können.

Die Schritte, die wir aus der Hoffnung heraus unternehmen, die uns der Auferstandene schenkt, sind vielleicht vorerst klein. Sie mögen der recht kurzen Strecke zwischen Emmaus und Jerusalem entsprechen. Doch bald machten sich Jesu Jünger auf bis ans Ende der Welt. Nachdem sie einander durch den Austausch von Ostererzählungen Mut gemacht haben, ist ihnen kein Weg zu weit.

Auch wenn wir auf unserer Reise aus der ökologischen Katastrophe erst zaghafte Schrittlein tun, bedeuten sie nicht nichts, wie es Johannes Hanselmann, der evangelisch-lutherische Landesbischof von Bayern, in einem Grundsatzreferat über Ökologie mit einem Zitat des katholischen Theologen Adolf Exeler ausdrückte: «Wer ernstlich Umkehr verwirklichen will, muss die seelische Kraft haben, lange Zeit mit unausgegorenen Kompromissen zu leben. Er muss den Mut haben, auch bei sich selbst das Wenige ernst zu nehmen, zu dem er im Augenblick fähig ist — im Vertrauen darauf, dass daraus nach und nach Grösseres wachsen kann.»

Walter Ludin ist Kapuzinerpater und Journalist und wohnt in Luzern.

Nur gute Vorsätze der Kirchen?

DANIEL SCHMID-HOLZ

«Der Zustand der globalen Umwelt hat sich seit der Konferenz von Rio in den letzten fünf Jahren verschlechtert.» Diese ernüchternde Bilanz zieht die Unep, die Umweltorganisation der Vereinten Nationen, wenige Monate vor der Nachfolgekonferenz in New York. Wie reagieren Kirchen auf solche Meldungen?

Das kirchliche Engagement zu Umwelt und Lebensstil ist gekennzeichnet durch eine thematische und methodische Vielfalt, die sich nicht immer durch Kontinuität und Stringenz auszeichnet. So berichtete das Institut für Sozialethik (ISE) in seiner ersten Publikation 1974 bereits vom Leitbegriff der «gerechten und dauerhaften Gesellschaft», der an einer Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Bukarest geprägt wurde. Doch der Begriff wurde in der öffentlichen Diskussion nicht aufgenommen. Im folgenden werden Schwerpunkte des Klima- und Lebensstilengagements der vergangenen 20 Jahre innerhalb der Schweizer Kirchen und der Oekumenischen Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt (OeKU) dargestellt.

Von der AKW-Debatte zum klimawirksamen Lebensstil

In der AKW-Debatte der 70er Jahre formte sich die Kritik an der Technik als Hoffnungsträgerin und Problemlöserin. An den Begegnungen des Schweizerischen Ökumenischen Forums in Magglingen (1976) wurde das Thema «Energie und Lebensstil» sozialpolitisch diskutiert. Auf der Suche nach einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung standen Themen wie Frieden, Demokratie und Selbstbestimmung im Vordergrund. In Gwatt (1978) wurden dann der Begriff der ökologischen Verantwortung und das Argument der Achtung vor der Natur vorgebracht. Die Texte zeichnen sich aus durch einen bekenntnishaft appellativen Stil. Forderungen werden mit dem Verweis auf das Christsein vorgetragen, in der Hoffnung, darin einen tragfähigen Grund der gesellschaftlichen Verständigung zu finden. In Interlaken (1980) wurde ein alternativer Lebensstil zum gemeinsamen Zeugnis der Christen in der Schweiz. Dessen ökologische Dimension beinhaltet hier die Frage nach dem Leben zukünftiger Generationen. Das von der AGCK in Interlaken in Auftrag gegebene ökologische Memorandum konzentrierte sich erstmals auf ökologische Gesichtspunkte. Das pointierte Papier stiess jedoch sowohl in Wirtschaft und Politik als auch bei einzelnen Mitgliedern des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK) auf heftige Kritik. Die Schweizerische Evangelische Synode (SES) entschloss sich daraufhin, die Anliegen in einer Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen weiter zu verfolgen. Am 6. 12. 86 wurde schliesslich die OeKU gegründet, eine kirchliche Umweltberatungs- und -koordinationsstelle. Mit Erfolg werden inzwischen für Gemeinden und Pfarreien die SchöpfungsZeit und Sigristenkurse angeboten, die zu einem neuen Lebensstil und zum ökologischen Unterhalt kirchlicher Gebäude anleiten. Die Nationalfondsstudie «Energie im Alltag» (1989) vertiefte die ökologischen Aspekte der Energie- und Lebensstilfrage. Ihre Grundaussage, «Mehr Lebensqualität mit weniger Energie», basiert auf soziologischen Erhebungen zu Konsumlogik und Energiekultur sowie auf einem normativen sozialethischen Erkenntnisinteresse. Das Gespräch im nichtkirchlichen Raum wird nun erleichtert, wobei dann aber gerne die Frage nach der Einzigartigkeit kirchlicher Beiträge aufkommt. An der UNCED-Konferenz in Rio 1992 und an der Klimakonferenz in Berlin 1994 verfolgten die Kirchenvertretungen die Verhandlungen der Uno-Konferenzen. Die Erfolglosigkeit der Eingaben der Alliance of Small Island States (AOSIS) bewegte initiative Kirchenvertreterinnen und -vertreter zu einem Vorstoss beim ÖRK. Dieser erteilte 1995 den Auftrag zur Lancierung der Klimapetition, die auf eine Senkung des Ausstosses von Treibhausgasen, vor allem von Kohlendioxid (CO_2), abzielte.

Handlungsebenen und kirchliche Akteure

Die kirchlichen Aktivitäten zu Umwelt und Lebensstil erstrecken sich von Stellungnahmen und Publikationen über Gottesdienste und Erwachsenenbildung bis hin zum Anlegen eines Biotops vor dem Kirchgemeindehaus. Drei Handlungsebenen lassen sich unterscheiden:

◆ Die Rahmenbedingungen des ökologischen Handelns: Durch eine wertorientierte Mitgestaltung

FOTO: EPD-BILD/BIRNSTEIN

Um Strom zu gewinnen, wurde das Dorf Altgraun in Südtirol durch einen Stausee «verschlungen». Mit der gewonnenen Energie werden unter anderem Kirchen geheizt – auch in der Zeit zwischen Weihnachten und Ostern, in der andere, bereits geheizte Räume für die wenigen Gottesdienstbesucher genügen würden. Aber welche Gemeinde ist zu diesem Energieopfer bereit?

der politischen Rahmenbedingungen werden die Spielräume für ökologisches Handeln erweitert.

◆ Die Natur selber: Projekte zur Revitalisierung oder Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen werden lanciert.

◆ Lebensstil und kirchliche Infrastruktur: Im Gegensatz zur Einwirkung auf die politischen Rahmenbedingungen sucht eine konsequente Ökologisierung des Lebensstils und der kirchlichen Infrastruktur nach konkreten Handlungsmöglichkeiten innerhalb der gegebenen Spielräume.

Wenn in kirchlichen Papieren von Lebensstil die Rede ist, so ist zu beachten, dass damit der Schwerpunkt durchaus nicht immer auf der erwähnten dritten Handlungsebene liegt. In Magglingen (1976) und Gwatt (1978) bezog sich das Lebensstilengagement noch auf neue Weltwirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe. Erst in der Klimapetition (1996) lag das Gewicht auf der Selbstverpflichtung zu klimawirksamem Handeln. Zwei markante Veränderungen können festgestellt werden: Erstens bewirkte der heutige Trend zu kurzfristiger Umsetzung und Anwendung auch bei den Kirchen eine Verlagerung des Engagements von der normativen und konzeptionellen auf die Aktivitätsebene. Und zweitens scheinen sich die polarisierenden Konfliktschemen zwischen Kirche, Wirtschaft und Politik allmählich aufzulösen.

Wenn man fragt, wer denn die handelnde Kirche ist, so wird man einerseits auf die verfasste Kirche stossen, andererseits auf viele initiative Einzelpersonen. Es erstaunt, dass sich innerhalb der Gemeinden und Pfarreien nur ganz selten «Ökogruppen» bildeten. Das Engagement für Klima und Lebensstil, das in den politischen Gemeinden mancherorts zu einer lokalen «Agenda 21» geführt hat, ist in den Kirchgemeinden schwach geblieben. Kirchenmitglieder, die sich für einen nachhaltigen Lebensstil einsetzen, tun dies zumeist innerhalb von nichtkirchlichen Ökogruppen, Verbänden und Parteien.

Unterschiedliche Reduktionsziele

Auf den folgenden Seiten ist wiederholt von der Konferenz von Kyoto die Rede, die – im Auftrag der Klimakonferenz von 1995 in Berlin – verbindliche Reduktionsziele für CO_2-Emissionen der Industrieländer formulieren soll. Im Blick auf diese Konferenz haben (bezogen auf den Ausstoss von 1990) folgende Ziele vorgeschlagen:

EU: 15 Prozent Reduktion bis 2010

Schweiz: 10 Prozent bis 2010 (Entwurf CO_2-Gesetz)

AOSIS (Alliance of Small Island States): 20 Prozent Reduktion bis 2005

Daniel Schmid-Holz, Dr. theol., ist Studienleiter des Vereins Wartensee, 9032 Engelburg SG.

Die Klima

LUKAS VISCHER

Seit dem Erdgipfel in Rio de Janeiro (1992) ist der Begriff der zukunftsfähigen Entwicklung (sustainable development) in aller Mund. Gemeint ist damit eine politische und wirtschaftliche Entwicklung, durch die «Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation befriedigt werden, ohne dass dabei die Chancen künftiger Generationen verbaut werden». Der Erdgipfel war in den Augen mancher ein Signal der Hoffnung. So war die ökologische Krise also von den Regierungen der Welt anerkannt worden! Zwei Konventionen waren unterschrieben worden – die eine über den Klimawandel und die andere über die Biodiversität. In einem ausführlichen Dokument, der Agenda 21, waren darüber hinaus die Prioritäten für die Zukunft festgehalten worden. War es nun nicht möglich geworden, gemeinsam ans Werk zu gehen?

Fünf Jahre danach sind die meisten dieser Hoffnungen verflogen. Die Impulse von Rio sind von andern Sorgen überlagert worden. Die Arbeit an den beiden Konventionen ist auf Sand aufgelaufen. Das feierliche Versprechen, das die Industrienationen in Rio zur Klimafrage abgaben, nämlich die CO_2-Ausstösse bis zum Jahre 2000 auf das Niveau von 1990 zurückzuführen, wird von kaum einer eingehalten werden. Im Gegenteil, die Ausstösse nehmen in den meisten Ländern nach wie vor zu. Die Verhandlungen über weitergehende Reduktionen werden zwar fortgesetzt. Wieviel Sinn haben sie aber, nachdem nicht einmal der allererste Schritt erfolgt ist?

Von einem Klima der Hoffnung kann fünf Jahre nach Rio kaum die Rede sein!

Schon längst vor der Konferenz von Rio hat sich der Ökumenische Rat der Kirchen mit der Klimafrage zu befassen begonnen. Warum dieses Interesse? Vor allem natürlich, weil die Veränderung der klimatischen Bedingungen durch menschliche Aktivität eine besonders krasse Verletzung der Ordnung in Gottes Schöpfung darstellt. Die Regelmässigkeit der klimatischen Abläufe wird in der Bibel als Ausdruck von Gottes Treue angesehen. Ist es darum nicht ein besonderer Grund zur Beunruhigung, dass wir dabei sind, diese Regelmässigkeit durcheinanderzubringen? Das Interesse hat aber noch andere Gründe. Der Klimawandel ist gewissermassen die Eingangstür zur ökologischen Krise überhaupt. Wer sich mit ihr befasst, sieht sich sofort mit allen andern Aspekten der Umweltzerstörung konfrontiert – der Übernutzung der Ressourcen, der Anhäufung von Abfällen, der Verschmutzung von Luft, Wasser und Erde, der Erhaltung der Wälder und der Expansion der Wüstengebiete, der Zerstörung der Lebensqualität durch die zunehmende Urbanisierung und so weiter. Oder umgekehrt: die Massnahmen, die der Klimaschutz erforderlich macht, haben immer auch Auswirkungen auf alle diese andern Bereiche der Umweltzerstörung. Durch seine Befassung mit dem Klimawandel ist denn der Ökumenische Rat der Kirchen auch auf andere Themen wie zum Beispiel die Mobilität gestossen worden.

Vor einem Jahr ergriff der ÖRK eine ungewöhnliche Initiative. Er forderte die Kirchen der Industrienationen auf, sich mit einer Petition an ihre Regierungen zu wenden und entschlossenere Massnahmen zu verlangen. In über zwanzig Ländern fanden sich die Kirchen zu diesem Schritt bereit. Im März konnte das Ergebnis dieser Kampagnen den Vereinten Nationen übergeben werden. Die Zahl der Unterschriften unter die Petition war in keinem Land überwältigend. Die Tatsache aber, dass die Kirchen über nationale Grenzen zu einer Kampagne zusammenfinden konnten, war nicht nur für die Kirchen selbst, sondern für die Öffentlichkeit überraschend. Die Petition machte deutlich, dass die Gefahren des Klimawandels nicht allein eine Angelegenheit von Experten, sondern der gesamten Gesellschaft sind.

Ein Klima der Hoffnung ist allerdings damit noch nicht entstanden. Die Stimme der Kirchen wurde zur Kenntnis genommen, die Chancen der Verhandlungen blieben aber unverändert. Warum ist der Widerstand so hart? Warum lässt sich im Namen der Zukunftsfähigkeit so wenig erreichen? Die Antwort muss nicht weit hergeholt werden. Um wirkliche Zukunftsfähigkeit zu erreichen, sind tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen erforderlich. Die Formulierung von Rio ging über diese Einsicht hinweg. Der Begriff der «zukunftsfähigen Entwicklung» erweckte den Ein-

Lukas Vischer, Prof. theol. im Ruhestand, ist Mitglied des Ethical Response Team des ÖRK (dieses befasst sich mit der Frage der Klimaveränderung).

druck, dass zwar Korrekturen nötig seien, dass aber der bisherige Kurs der ökonomischen Entwicklung aufs Ganze gesehen unverändert weitergeführt werden könne. Zukunftsfähigkeit war nicht mehr als ein Adjektiv. Als der Ökumenische Rat der Kirchen Anfang der siebziger Jahre den Begriff der Zukunftsfähigkeit zum ersten Mal einführte, sprach er bewusst nicht von «zukunftsfähiger Entwicklung», sondern von «zukunftsfähiger Gesellschaft», das heisst, er fragte bewusst nach einer neuen Orientierung für die gesamte Gesellschaft.

Die Kirchen können sich darum nicht damit zufriedengeben, die Dringlichkeit von Massnahmen in Erinnerung zu rufen. Solange die Gesellschaft auf einen Kurs festgelegt ist, der den Forderungen der Zukunftsfähigkeit nicht gerecht zu werden vermag, müssen alle Aufrufe ungehört bleiben. Die «Wende» muss auf einer tieferen Ebene stattfinden. Es braucht die Bereitschaft, mehr noch: den Willen zu einem neuen Lebensstil. Gewiss, vieles kann durch technologische Effizienz erreicht werden. Eigentliche Zukunftsfähigkeit setzt aber einen grundlegend andern Umgang mit den Gaben der Schöpfung voraus. Der Lebensstil der Industrienationen, das wird immer deutlicher, lässt sich nicht auf die gesamte Menschheit ausdehnen. Die Ansprüche der Industrienationen an die Ressourcen des Planeten müssen zurückgesteckt werden. Statt von Wachstum auszugehen, müssen wir uns in allen Bereichen des Lebens an die Masse der verfügbaren Ressourcen oder der zulässigen Belastung halten. Um nur ein Beispiel aus dem Bereich des Klimawandels zu nennen: die Berechnungen der Wissenschaftler machen klar, dass die CO_2-Ausstösse pro Person der Menschheit nicht mehr als 1,7 Tonnen betragen dürfen (heute in der Schweiz: 6,3 Tonnen pro Kopf und Jahr). Wie wäre dies ohne einschneidende Änderungen unserer Lebensbedingungen je einzuhalten?

Der Ökumenische Rat der Kirchen wird auch weiterhin versuchen, in den Verhandlungen der Uno die Stimme der Vernunft geltend zu machen. Die nächste Gelegenheit wird sich an der Klimakonferenz in Kyoto im Dezember dieses Jahres bieten. Die Kirchen werden sich aber in Zukunft vor allem der Aufgabe verschreiben müssen, alternative Wege aufzuzeigen und zu praktizieren. Ein Klima der Hoffnung kann sich einzig aus einer Bewegung von unten ergeben.

frage beschäftigt die Ökumene

FOTO:OEKU

Hoffen auf Einsicht

Vor einem verbindlichen Protokoll zur Klimakonvention?

Ulrich Schotterer und Marie Therese Niggli

«Einen erkennbaren menschlichen Einfluss auf das globale Klima» stellte 1995 das IPCC, das zwischenstaatliche Gremium zur Beurteilung der Klimafrage, fest. Ende August 1997 organisiert das WCRP, das Weltklima-Forschungsprogramm in Genf, eine Konferenz, um ebenfalls wissenschaftliche Bilanz zu ziehen.

Forscher diskutieren dort ihre wichtigsten Ergebnisse mit politischen Entscheidungsträgern und den Geldgebern für ihre Forschung. Für die grosse Mehrheit von ihnen ist es klar, dass der Mensch den natürlichen Ablauf des Klimas immer stärker beeinflusst, und dies mit vorwiegend negativen Auswirkungen für unsere Umwelt. Aber die prognostizierte Klimaänderung ist nicht so offensichtlich und nicht so einfach vor Ort zu bekämpfen wie im Falle einer undichten Deponie oder eines einzelnen Schornsteins, der die Umwelt vergiftet. Ihre Ursache – der vom Menschen verstärkte Treibhauseffekt – steht zudem in direktem Zusammenhang mit Energieproduktion, Industrialisierung und Wohlstand. Allein das Kohlendioxid (CO_2), unvermeidbares Abfallprodukt aus der Energieerzeugung über die Verbrennung von Holz, Kohle, Öl und Gas, ist an der befürchteten Destabilisierung des Klimasystems mit mehr als der Hälfte beteiligt.

Nicht mehr bezweifelt zweifelt werden kann die Tatsache, dass die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre immer weiter ansteigen. Dank ausgeklügelter wissenschaflicher Methoden werden die Quellen dieser Gase immer besser identifizierbar. Die Temperaturen steigen im weltweiten Durchschnitt ebenfalls weiter an, beeinflussen den hydrologischen Kreislauf und machen den Wettercharakter ganz allgemein extremer. Eine stetig verlaufende Änderung des Klimas, die eine planbare Anpassung an neue Verhältnisse erlaubt, ist am allerwenigsten zu erwarten. Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, die Klimakonvention, will erreichen, dass die Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Niveau stabilisiert werden, welches eine gefährliche Klimastörung ausschliesst. Wo dieses Niveau genau liegt und ab wann es gefährlich wird, kann niemand mit Sicherheit sagen. Einigermassen sicher wäre vor allem eine Stabilisierung auf heutigem Niveau, was eine sofortige Halbierung der weltweiten CO_2-Emissionen erfordern würde. Das ist das Wünschbare, basierend auf harten wissenschaftlichen Tatsachen. Das Machbare, die politisch-wirtschaftliche Realität, sieht anders aus.

Wohlstand um jeden Preis?

Die Klimakonvention, Reaktion der Regierungen auf die Erkenntnisse der Wissenschaft, wurde anlässlich der Uno-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio unterzeichnet. Heute zählt die Konvention 164 Mitgliedsländer, die Schweiz ratifizierte 1993. Die grosse Zahl von Ländern widerspiegelt das Bestreben, bei globalen Umweltproblemen möglichst alle Staaten der Erde mit einzubeziehen. Das macht allerdings die Verhandlungen zur Klimakonvention besonders schwierig. Eine Konvention ist nichts anderes als eine internationale Übereinkunft, es wird so lange debattiert, bis eine Lösung gefunden ist, die allen und allem Rechnung trägt. Vor allem die CO_2-Reduktion löst Befürchtungen aus, steht sie doch in direktem Zusammenhang mit der Industrialisierung. Nichtindustrialisierte Länder sehen darin eine Gefährdung der auch von ihnen erwünschten Industrialisierung. Die Industrienationen wiederum bangen um den Erhalt ihres Lebensstandards.

Die Klimakonvention versucht nun sowohl diesen Vorbehalten wie auch den wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung zu tragen. Ihr Ziel, die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, welches eine gefährliche Klimastörung vermeidet, ist hoch gesteckt, denn ein solcher Grenzwert ist aus wissenschaftlicher Sicht sehr schwer zu definieren. Wohl sind die Mitgliedländer verpflichtet, ihre Emissionen entsprechend zu reduzieren, die Reduktionspflicht ist aber weder zeitlich noch mengenmässig festgelegt. Von den Industrieländern (die Konvention bezeichnet sie als hauptverantwortlich) wird der erste Schritt erwartet. Erst nach einem Tatbeweis können sie analoge Anstrengungen von den Entwicklungsländern erwarten. Letztere sind

Ulrich Schotterer ist Umweltphysiker an der Universität Bern und Marie-Therese Niggli wissenschaftliche Adjunktin im Bundesamt für Aussenwirtschaft.

dabei durch Finanzierungshilfen und Technologietransfer zu unterstützen, zudem wird ihnen explizit das Recht zugestanden, ihre Emissionen für den Industrialisierungsprozess anfänglich noch zu erhöhen. Dies wird mit Sicherheit einen Emissionsschub auslösen. Um sie in Zukunft ebenfalls auf Reduktionen zu verpflichten zu können, müssen also die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade das steht aber noch aus. Wohl existiert bei ihnen auf nationaler Ebene das Ziel, die CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Stand von 1990 zu stabilisieren, es zeigt sich aber, dass dies mit Ausnahme weniger Länder – darunter der Schweiz – nicht erreicht werden kann. Anlässlich der ersten Vertragsparteienkonferenz zur Klimakonvention 1995 in Berlin wurde daher die Erarbeitung eines Protokolls mit konkreten Reduktionsverpflichtungen für die Industrieländer beschlossen («Berliner Mandat»). Es soll bereits diesen Dezember in Kyoto verabschiedet werden und Verpflichtungen für die Jahre 2005, 2010 und 2020 sowie konkrete Massnahmen beinhalten, die gemeinsam umzusetzen sind («Common Measures»). Um Konkurrenznachteile zu vermeiden, ermöglicht ein international abgestimmter Vollzug auch ehrgeizigere Reduktionen.

Die Ausgangslage vor Kyoto

Bei den schwierigen Verhandlungen sind informelle Kontakte unter gleichgesinnten Ländern besonders wichtig. Dabei haben sich feste Gruppen um gemeinsame Interessen gebildet. Bei den Industrieländern sind es die Europäische Union (EU) sowie die Gruppe der übrigen Industrieländer, unter dem Kürzel JUSCANZ (Japan, USA, Kanada, Australien und Neuseeland) zusammengefasst. Dazugezählt werden auch die Nicht-EU-Länder Island, Norwegen und Schweiz, obwohl deren Interessen schon aus historischen und geographischen Gründen anders gelagert sind. Die nichtindustrialisierten Länder besprechen sich in der Group of the 77 (G77). Auch hier gibt es zwei ganz gegensätzliche Untergruppen, die der erdölexportierenden Länder (Opec) sowie die der Alliance of Small Island States (AOSIS). Während die Opec aus Angst vor einem Rückgang der Erdölverkäufe meist blockiert, verlangen die Kleininselstaaten verständlicherweise höchstes Engagement, da sie ihre Existenz durch den ansteigenden Meeresspiegel akut gefährdet sehen.

In der Regel dominieren die EU und die USA den Verhandlungsprozess, wenn auch mit gegensätzlichen Positionen. Die EU schlägt eine verbindliche Reduktion der Emissionen (Kohlendioxid, Methan und Lachgas) von 15 Prozent vor. Bezogen auf das Niveau von 1990, soll dies bis zum Jahr 2010 realisiert werden. Ihre Common Measures beziehen sich auf Standards für Energieeffizienz von Geräten und Verbrauch von Fahrzeugen wie auch auf die Besteuerung von Flugbenzin, von CO_2-Emissionen und der Energie. Die EU hat den Vorteil, solche Massnahmen bereits heute harmonisiert umsetzen zu können. Sie will die 15 Prozent auf ihrem Gesamtgebiet erreichen, hat aber die Reduktionen der einzelnen Länder entsprechend der wirtschaftlichen Situation individuell bemessen. Ihr Vorschlag beinhaltet ausserdem die Möglichkeit, einen Teil der Reduktionsverpflichtung durch Projekte im Ausland zu erfüllen («Joint Implementation»).

Der Protokollentwurf der USA lässt alle wichtigen Punkte noch offen. Es wird die Festlegung von Emissionsbudgets für gewisse Zeitperioden vorgeschlagen, bei Mehrbedarf kann eine solche Periode zulasten der nächsten überschritten werden. Zudem will die USA ihre Verpflichtungen bis zu 100 Prozent im Ausland erfüllen können. Dies durch Joint Implementation und einen von ihr vorgeschlagenen internationalen Emissionshandel, dessen Regeln jedoch noch festzulegen sind. Die USA und die klassischen JUSCANZ-Länder sind übrigens strikt gegen Common Measures. Im gemeinsamen Vollzug sehen sie eine zu starke Einschränkung ihrer Wirtschaft.

Das Klima wird keine Rücksicht nehmen auf unser Wirtschafts- und Sozialsystem.

Die AOSIS hat ebenfalls einen Vorschlag eingereicht. Inhaltlich dem der EU ähnlich, wird jedoch eine 20prozentige Reduktion der CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2005 gefordert. Dafür wollen in erster Linie die arabischen Opec-Länder eine Entschädigung für entgangenen Gewinn beim Erdölverkauf.

Die Position der Schweiz entspricht, vor allem im Bereich der Common Measures, weitgehend derjenigen der EU. Das CO_2-Gesetz, das vermutlich im Herbst im Parlament debattiert wird und eine Reduktion von 10 Prozent bis zum Jahr 2010 vorsieht, wird für die schweizerische Position in Kyoto sehr wichtig sein.

Die Chancen, dass in Kyoto ein Protokoll verabschiedet werden kann, stehen aufgrund des wissenschaftlichen und politischen Drucks nicht schlecht. Inhalt und Gelingen werden jedoch davon abhängen, wie der Kompromiss der unterschiedlichen Positionen aussehen wird. Das letzte Wort in der ganzen Debatte hat ganz sicher das Klimasystem. Wie abrupt es auf halbherzige Massnahmen oder fortgesetztes Nichthandeln reagieren wird, ist heute noch kaum abzuschätzen. Mit Sicherheit lässt sich nur sagen, dass es dabei keine Rücksicht auf unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme nehmen wird.

FOTO: AUS OEKUKALENDER SCHÖPFUNGSZEIT '97

Klimaveränderungen treffen zue

JOLANDA PFISTER

«Ökologisch gesehen sind die Industrieländer bankrott. Ihre ‹Verschmutzungsrechte› der Atmosphäre sind aufgebraucht.» So lassen sich die Sünden des «Nordens» zusammenfassen. Wenn dieser die CO_2-Emissionen bis 2005 nicht um 20 Prozent (bezogen auf 1990) senkt, werden viele Inseln im Südpazifik von der Weltkarte verschwinden. Die Schweiz aber will nur zehn Prozent reduzieren, und das bis 2010 !

In den letzten Jahren haben Häufigkeit und Ausmass von Wirbelstürmen, Überschwemmungen und Dürreperioden zugenommen. Viele Wissenschaftler führen den gestörten Klimahaushalt auf die erhöhte Konzentration von «menschverursachten» Treibhausgasen in der Atmosphäre zurück. Extreme Naturereignisse sind die Folgen dieser globalen Klimaerwärmung, und weit gravierendere Auswirkungen erwarten uns noch: höhere Temperaturen verändern die Dichte des Wassers und bringen Gletscher und polare Eismassen zum Schmelzen, was einen erheblichen Anstieg der Meeresspiegel mit sich bringen wird. Stürme und Überflutungen dürften also an Ausmass noch zunehmen. Die Veränderung des Klimas hat auch Auswirkungen auf unsere Gesundheit. Die Kombination von Hitze, Feuchtigkeit, Wind und Luftverschmutzung wirkt sich fatal auf Kreislauf- und Atembeschwerden aus. Mit zunehmender Wärme drohen zudem Seuchen wie Malaria oder Pest auf Gegenden überzugreifen, in denen sie bislang unbekannt waren. So sind in naher Zukunft 50 bis 80 Millionen Menschen in Südeuropa, Australien und Teilen der USA durch die Ausweitung von Malaria bedroht.

Die Armen zahlen für unsern Lebensstil

Die Inselstaaten und ärmeren Küstenländer sind stärker von den Folgen der Klimaerwärmung betroffen als die reichen Industriestaaten. Die kleinen Inseln im Südpazifik sind gar in ihrer Existenz bedroht, obwohl sie nur einen geringen Anteil an der globalen Erwärmung verursachen. Aber auch andere Südländer werden in den nächsten Jahren unter den Folgen der Klimaveränderung leiden, so zum Beispiel Bangladesch, Ägypten, Gambia, Indonesien, Moçambique und Pakistan. Für flache Küstengebiete, in der Regel fruchtbar und dicht bevölkert, wächst die Gefahr von Überschwemmungen ständig. Millionen Menschen aus dicht besiedelten Küstengebieten werden flüchten müssen, weil ihre angestammten Wohngebiete durch Überschwemmungen, weggespülte Küstenlandschaften und zerstörte Landwirtschaftszonen unbewohnbar werden. Allein im Nildelta sind 8,5 Millionen Menschen bedroht, ihren Lebensraum zu verlieren. Ausserdem werden Millionen Menschen aus Grossstädten wie Bangkok, Jakarta, Manila oder Dacca bei einem Meeresspiegelanstieg fliehen müssen. Fachleute befürchten, dass die Klimaveränderungen eine gewaltige Umweltflucht auslösen werden. Ein Anstieg des Meeresspiegels würde allein in den überflutungsgefährdeten Küstenregionen von Indonesien, Pakistan, Bangladesch und Thailand eine halbe Milliarde Menschen zur Flucht zwingen. Tiefliegende Entwicklungsländer wie Bangladesch sind schon heute nicht mehr in der Lage, die gravierenden Folgen der immer heftigeren Naturkatastrophen zu bewältigen. Die dicht besiedelten Deltas und Tiefebenen in den Entwicklungsländern sind dem steigenden Ozean schutzlos ausgeliefert, währenddessen wohlhabende Nationen eher in der Lage sind, ihre bedrohten Küsten durch Sperrwerke vor den Fluten zu schützen.

Überschwemmungen sind die eine Seite – Dürrezeiten die andere. Rund um den Globus bescheren immer längere Trockenperioden den Bauern katastrophale Missernten. Im Westen Lateinamerikas und der USA, in Südeuropa ebenso wie im südlichen Afrika und Australien mussten die schlimmsten Dürrezeiten dieses Jahrhunderts durchgestanden werden. Vermehrte Dürren sowie Landverlust durch Überflutung und Versalzung werden hauptsächlich in Asien neue Hungersnöte auslösen. Die Landwirtschaft reagiert sehr empfindlich auf Klimaveränderungen, aber auch die Anpassungsfähigkeit vieler anderer Ökosysteme ist durch die Erwärmung überfordert.

Am härtesten sind jedoch die Ärmsten von den ökologischen Auswirkungen der Klimaerwärmung betroffen. Die Ärmsten des Südens bezahlen also für Lebensweise und Überkonsum des Nordens, wenn die Industriestaaten nicht gewillt sind, ihre CO_2-Emissionen massiv zu reduzieren. Die Kürzungen bei der Ent-

Jolanda Pfister ist Koordinatorin der Nord/Süd-Kampagne.
Christoph Stückelberger ist Zentralsekretär Brot für alle und Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke.

rst die Dritte Welt, nicht uns

wicklungszusammenarbeit der Nordstaaten verstärken diese Ungleichheit noch.

Die Lösung: nachhaltige Entwicklung

Um die verheerenden Folgen des Klimawandels abzuwenden, kommen verschiedene Massnahmen in Frage: kurzfristig die CO_2-Emissionen gemäss den Zielsetzungen der internationalen Klimakonvention massiv reduzieren; neue effizientere und umweltfreundlichere Technologien entwickeln, um die Abhängigkeit von fossiler Energie zu senken; günstige Investitionsmöglichkeiten im Süden schaffen und gleichzeitig durch energieeffiziente Technologien ihre wachsenden Emissionen reduzieren; in Forschung für Klimaveränderungen investieren, um die Ungewissheiten aus der Welt zu schaffen; oder Schutzmassnahmen für die Ärmsten errichten. Das Wichtigste ist jedoch ein Umdenken. Die heutige Lebens- und Wirtschaftsweise insbesondere der Industriestaaten bedarf eines tiefgreifenden Wandels. Wir müssen unser energieverschleissendes Konsumverhalten ändern und «nachhaltiger» werden, indem zum Beispiel die viel zu billigen Energiepreise angepasst werden oder erneuerbare Energien gefördert werden. Nachhaltige Entwicklung ist die Alternative und muss als Chance genutzt werden, damit sie nicht zu einem leeren Begriff wird. Dies heisst aber eine völlig andere Entwicklung einschlagen, die sich zum Ziel setzt, allen Menschen heute und in Zukunft ein würdiges Leben in einer intakten Umwelt zu ermöglichen.

Nachhaltige Entwicklung zum Thema machen

Im Januar 1997 hat die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas eine Nord/Süd-Kampagne für nachhaltige Entwicklung gestartet. Ziel dieses mehrjährigen Programms ist es, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung in die öffentliche Diskussion zu bringen. Verschiedene Fragen betreffend Armut, Umwelt, Energie, Bevölkerung, Wirtschaft und Aussenpolitik sollen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung aufgegriffen und ins Gespräch gebracht werden.

Referenzdokument aller Kampagneaktivitäten ist das «Nord/Süd-Manifest», welches – unter Mitarbeit von Persönlichkeiten aus verschiedenen Entwicklungsländern – 21 Thesen zur Rolle der Schweiz formuliert. Die Thesen richten sich an jeden einzelnen von uns, an die Zivilgesellschaft, an die Wirtschaft und an die Politik und definieren Richtlinien für eine nachhaltige Schweiz. Unser Kosumverhalten ändern, die natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzen und eine zukunftsgerichtete Energiepolitik einleiten sind dabei wichtige Pfeiler, wie dies bereits in der ersten These ausgedrückt wird: «Wir fordern von Politik und Verwaltung, die richtigen Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Dazu gehört unter anderem eine ökologische Steuerreform, welche Energie statt Arbeit belastet» (Manifest, Seite 10).

In einer Reihe von «Nord/Süd-Dialogen» werden diese Thesen mit VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vertieft, kontroverse Fragen diskutiert und Möglichkeiten der Annäherung gesucht. Mit einer «Nord/Süd-Petition», welche voraussichtlich Anfang November gestartet wird, soll der Vision einer solidarischen und nachhaltigen Schweiz zum Durchbruch verholfen werden. Mittels «Nord/Süd-Briefaktionen» sollen PolitikerInnen und andere EntscheidungsträgerInnen für aktuelle Nord/Süd-Fragen sensibilisiert werden. An einer internationalen Nord/Süd-Konferenz werden mit wichtigen VertreterInnen aus Entwicklungsländern gemeinsame Anliegen der nachhaltigen Entwicklung diskutiert und in der Öffentlichkeit dargestellt. Diese Nord/Süd-Konferenz wird vom 25. bis zum 29. Mai 1998 stattfinden.

Mit Medienbeiträgen aus aktuellem Anlass, mit Referaten, Informationsmaterialien und Schulaktivitäten soll zusätzlich für die Nachhaltigkeits-Idee geworben werden. In der Reihe «Südmagazine» werden vertieft Themen behandelt, die wichtige Bereiche für nachhaltige Entwicklung darstellen. CHRISTOPH STÜCKELBERGER

Das Südmagazin 2/97 «Was heisst nachhaltige Entwicklung?» ist erhältlich bei der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, Monbijoustr. 31, Postfach, 3001 Bern (bitte frankiertes und adressiertes Rückantwort-Couvert B5 beilegen).

HEINI GLAUSER

Die Energiepolitik der Schweiz ist geprägt von ganz unterschiedlichen Interessen. Die Akteure und Opinionleaders stehen sich zum Teil diametral entgegen. Dies ist eigentlich nicht verwunderlich, denn jedes Jahr werden gesamtschweizerisch ca. 20 Milliarden Franken für Energie ausgegeben. Bei ca. 7 Millionen sicheren Kunden und wenig alternativen Versorgungsmöglichkeiten besteht für die Energieversorger wenig Anlass zu Veränderungen des Status quo. Anders sieht es aus der Sicht der Umwelt und der gesellschaftlich Benachteiligten aus.

Der weltweite Raubbau an den Ressourcen durch wenige und die schreiende Armut und der Mangel vieler müssen so schnell wie möglich verändert werden. Durch die steigende Arbeitslosigkeit und die neue Armut in der Schweiz werden die weltweiten Probleme plötzlich auch in der Schweiz bewusster wahrgenommen. Die Energie als Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung spielt dabei eine zentrale Rolle und spaltet die politischen Meinungen. Fünf wichtige Interessengegensätze sind:

- Billige Energie versus Energiepreise, die die Umweltkosten und die Knappheiten berücksichtigen;
- Erhöhung des Energieabsatzes versus Energieeffizienz und sparsame Nutzung;
- Kapitalintensive Grosstechnologien versus neue dezentrale Technologien;
- Wachstumseuphorie versus neue Lebensqualitäten mit kleinerem Material- und Energieverschleiss;
- Gewinnmaximierung für Shareholders versus Arbeit und Wohlstand für alle.

Vom Moratorium zum Ausstieg

Mit dem am 20. Juni 1997 abgeschlossenen Energiedialog ist es Bundesrat Leuenberger gelungen, die Führungsrolle in der energiepolitischen Diskussion der Schweiz wieder zu übernehmen. Der Nationalrat hat kurz zuvor mit kleiner Mehrheit die Einführung einer Energielenkungsabgabe beschlossen. Ob mit diesen hoffnungsvollen Zeichen eine neue Energiepolitik beginnt, muss sich in den nächsten Monaten zeigen.

Vor dem denkwürdigen Moratoriumsentscheid vom 23. September 1990 bewegte sich die schweizerische Energiepolitik auf altbekannten Pfaden. Energieversorgung war Sache der Energiewirtschaft, so sahen es die Energie-Gewaltigen. Wer will, kann sparen; Abstimmungen geschähen täglich an der Steckdose oder am Benzinzapfhahn. Mit dem Moratoriumsentscheid wurde dieser Trend gebrochen: eine 10jährige Denkpause wurde verordnet. Pause im Denken oder Pause zum Denken war sofort die Gretchenfrage. Verschiedenes hat sich seither bewegt, politische Entscheide stehen an, und eine Energiewende ist in Sicht:

- Das Programm Energie 2000 hat Aktionen, Spar- und Effizienzanstrengungen und viele Absichtserklärungen ausgelöst. Die Freiwilligkeit und ein stark beschnittenes jährliches Budget fördern zwar Kreativität und Ideenreichtum, der breite Durchbruch der rationellen Energieanwendung kann damit aber noch nicht erreicht werden.
- Das Energiegesetz, das im September 1997 auch noch vom Ständerat verabschiedet werden sollte, ist seit sieben Jahren in Bearbeitung, in Vernehmlassung und im Entscheidungsprozess. Ein wichtiger Schritt wäre erreicht, wenn die Entscheide des Nationalrates mindestens akzeptiert würden, obwohl viele wichtige Regelungen eliminiert wurden.
- Handlungsdruck erzeugen die «Solar-» und die «Energie- und Umwelt»-Initiativen. Höhere Energiepreise, die einen zunehmenden Teil der Folgekosten decken sollen, und die gleichzeitige Förderung von erneuerbaren Energien (zum Beispiel Sonne, Wind und Holz) sind die Chancen dieser Initiativen. Bei richtigen Preissignalen wird der Markt notwendige Impulse für eine umweltgerechtere Energienutzung erhalten.
- Die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» verbindet die richtigen Energiepreissignale mit der finanziellen Entlastung der Arbeit. Sie gibt einen wichtigen Impuls für die dringend notwendige ökologische Steuerreform.
- Zwei neue Initiativen, deren Unterschriftensammlung im Frühling 1998 beginnt, verlangen die Verlängerung des AKW-Moratoriums und einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie.
- Effizienz, Spartechnologien und dezentrale Stromproduktion sind Motoren für einen wirtschaftlichen Aufschwung – dies zeigen mehrere aktuelle schweizerische und europäische Studien –, gleichzeitig kann damit das Rio-CO_2-Reduktionsziel und der Ausstieg

Chancen einer Energie

aus der Atomenergie realisiert werden. Die Warnungen vor den Problemen des Atompfades und vor der Erwärmung der Atmosphäre durch die fossilen Energien werden nicht ernst genommen!

AKW-Ausstieg, Reduktion des CO_2-Ausstosses

Die letzten 20 Jahre schweizerischer Energiegeschichte geben, am Beispiel der Atomenergie, eine Ahnung vom Umgang mit warnenden Stimmen. Mit Hilfe anderer grosser Probleme ist es bisher gelungen, die politische Legitimation für den Weiterbetrieb der AKW, trotz den ungelösten Fragen, zu behalten:

◆ Substitution: die Ölkrise 1973 löste grosse Versorgungsängste aus und kam gerade rechtzeitig, um die Anfangsprobleme der neuen Atomtechnologie zu überdecken (zum Beispiel Lucens und unabhängige Sicherheitssysteme im Typ Beznau).

◆ Versorgungssicherheit: in den 80er Jahren war es vor allem das Gespenst der Stromknappheit und die Drohung «ohne Strom kein Lohn», die den Volksentscheid zum «Ausstieg» knapp verhinderten.

◆ «Klimaschutz»: seit 10 Jahren wird das CO_2-Problem und der drohende Treibhauseffekt als Alibi für die unlösbaren Abfallprobleme der Atomstromproduktion missbraucht.

◆ Die Abfallberge und das Risiko der Altanlagen wachsen unaufhörlich, trotzdem wird auch in Zeiten grosser schweizerischer Stromüberschüsse Atomstrom und -müll produziert: Seit Anfang Juni 1997 geht wiederum der gesamte Atomstrom in den Export.

Entweder setzen wir weiterhin auf Energieverschwendung mit Hilfe von Energieüberangebot und billigen Energiepreisen, oder wir begeben uns auf den «Effizienzpfad». Auf dem Effizienzpfad bieten die rationelle Energienutzung und die erneuerbaren Energien die Möglichkeit, mit einem Bruchteil der Energie den heutigen Lebensstandard weiterzuentwickeln. Wenn wir bereit wären, uns dem durchschnittlichen Welt-Lebensstandard ein bisschen anzunähern, könnten mit dem Effizienzpfad sogar weltweit alle Menschen die gleichen Energiedienstleistungen beanspruchen, ohne damit die Erde zu zerstören.

Rationelle Energienutzung und die erneuerbaren Energien werden erst dann den Marktdurchbruch schaffen, wenn die Stromüberproduktion in AKWs und anderen Grosskraftwerken gestoppt wird und für die Energieträger die Vollkosten (inklusive Folgekosten) bezahlt werden.

Die Energiewende schafft Arbeitsplätze

Eine zügige Umstellung vom Verschwendungspfad auf rationelle Energieanwendung, dezentrale Stromproduktion und erneuerbare Energieträger bietet viele Chancen:

◆ dringend notwendige Investitionsimpulse;

◆Förderung von zukunftsträchtigen Technologien mit grossem Exportpotential;

◆ schafft die Basis für eine breite Anwendung von Solartechnologie und Brennstoffzellen, bei deren Forschung und Entwicklung die Schweiz zur Zeit noch zu den führenden Ländern gehört;

◆ ermöglicht das Mitwirken und eine aktive Rolle von kleineren und mittleren Unternehmungen mit Innovationsbereitschaft;

◆ schafft damit Arbeitsplätze.

Mit dem Programm Energie 2000 verfügen der Bund, die Kantone, Gemeinden und Private schon über erste Erfahrungen auf dem Effizienzpfad.

Statt «Optionen offenhalten» und Leistungserhöhungen von AKWs, und damit der Zementierung des Status quo, sind politische Entscheide zur Energiewende dringend und der realistische Schritt in die Zukunft.

Heini Glauser ist Vizepräsident der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES).

Thesen der Umweltorganisationen

Wie muss eine Gesellschaft wirtschaften, wie Güter und Arbeit verteilen, damit sie zukunftsfähig ist? Wie kann sie solidarisch mit anderen Gesellschaften leben und die Interessen der Länder des Südens respektieren? Auf solche und ähnliche Fragen suchen Pro Natura, SGU, VCS und WWF Antwort in einer Broschüre: «Umwelt – Wirtschaft – Soziales: 18 Thesen zur nachhaltigen Entwicklung».

Die Umweltorganisationen überschreiten bewusst die Landesgrenze und das Umfeld ihrer angestammten Themen. Sie machen ein Gesprächsangebot an andere gesellschaftliche Gruppierungen, die mit der jeweiligen Materie besser vertraut sind. Im Gespräch wollen sie erkunden, ob und wo gemeinsame Vorstellungen über die künftige Entwicklung vorhanden sind. Das Ziel ist eine Plattform mit einem mehrheitsfähigen Konzept für die nachhaltige Entwicklung.

Das Thesenpapier kann bezogen werden bei:
SGU, Postfach, 8032 Zürich, Tel. 01/251 28 26, oder
Pro Natura, Postfach, 4020 Basel, Tel. 061/317 91 91

wende in der Schweiz

Graz: Versöhnung mit der Natur

KURT ZAUGG-OTT

«Versöhnung» war Thema der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz. Die Bewahrung der Schöpfung gehört heute zu den konsensfähigen Themen in der Ökumene. Kirchlich-ökologische Gruppen und Umweltbeauftragte wollen auf europäischer Ebene zusammenarbeiten.

Im Vorfeld der Versammlung wurde die Befürchtung laut, dass die Umweltfrage in Graz keine Rolle spielen könnte. Doch wie sich nun zeigt, steht die Versammlung von Graz in Kontinuität zur Basler Versammlung von 1989. So heisst es in den Handlungsempfehlungen, die in Graz verabschiedet wurden: «Die Bewahrung der Schöpfung ist eine Dimension aller kirchlichen Arbeit und nicht ein Arbeitsgebiet, das die Kirchen auch beiseite lassen können.» Die Bewahrung der Schöpfung gehört also zu den konsensfähigen Themen ökumenischer Versammlungen.

Ein Problem, das bereits mit den Texten der Basler Versammlung von 1989 auftauchte, ist die Umsetzung des verbalen Anspruchs in die kirchliche Wirklichkeit. Dass die «Bewahrung der Schöpfung» ein zentrales Thema kirchlichen Lebens sein sollte, wird zwar anerkannt. Jedoch sind die Strukturen und Mittel, die dafür sorgen, dass diesem Grundsatz auch nachgelebt werden kann, erst in Ansätzen geschaffen. An verschiedenen Orten in Europa sind Initiativen entstanden, deren Vertreterinnen und Vertreter in Graz präsent waren und sich zu Wort meldeten.

Zum Beispiel ein Umweltbischof

Die Anliegen der kirchlich-ökologischen Initiativgruppen können unter den Themen «Klimaschutz» und «Schutz der Artenvielfalt» zusammengefasst werden. Praktisch alle Gruppierungen verstehen sich als «Sauerteig» für die Umsetzung der Anliegen der Umweltkonferenz von Rio im Jahr 1992. Es folgen einige ausgewählte Beispiele, die aufzeigen, was sich in verschiedenen Ländern Europas tut:

◆ Österreich verfügt mittlerweile über einen «Umweltbischof». Der Sozialhirtenbrief der Österreichischen Bischöfe von 1990 hatte zur Folge, dass über die Diözesen bis hinein in die Pfarreien Verantwortliche für Umweltfragen eingesetzt wurden. Im Auftrag der Bischofskonferenz koordiniert ein Verein – die ARGE Schöpfungsverantwortung – die kirchliche Umweltarbeit auf nationaler Ebene.

◆ In Italien bringt die Aktion Bilanci di Giustizia (Aktion gerechte Haushaltsbilanzen) Familien zusammen, die gemeinsam einen neuen Lebensstil pflegen wollen.

◆ Auf Kreta hat das Kloster Chrysopigi begonnen – ausgehend von der orthodoxen Schöpfungstheologie –, seine Landgüter biologisch zu bewirtschaften. Das Kloster wurde so zum Vorbild für die Umgebung. Viele Bauern konnten durch die Umstellung auf biologische Methoden ihre wirtschaftliche Situation verbessern.

◆ Eines der Ziele der Ökumenischen Vereinigung der Kirchen Rumäniens (AIDRom) ist es, das Interesse der Öffentlichkeit für Umweltfragen zu erhöhen. AIDRom wird u. a. vom HEKS unterstützt.

◆ In der Schweiz ist die OeKU seit zehn Jahren daran, die «Bewahrung der Schöpfung» im Leben der Kirchen stärker zu verankern. Die schmale Mitgliederbasis – nur ein sehr kleiner Teil der schweizerischen Kirchgemeinden und Pfarreien sind dem Verein bisher beigetreten – begrenzt jedoch den Aktionsradius der OeKU beträchtlich. Eine breitere ideelle und finanzielle Unterstützung durch Kirchgemeinden, Pfarreien und Kantonalkirchen, die Anerkennung der OeKU als Werk aller Schweizer Kirchen, ist die Voraussetzung einer wirksameren Tätigkeit.

In Graz setzten sich die Umweltbeauftragten verschiedener europäischer Kirchen für eine bessere Vernetzung ihrer Tätigkeit ein. Eine Arbeitsgruppe bildete sich in Graz und klärt Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit und Koordination ab. Ziel ist es, sich bei verschiedenen europäischen Institutionen (der EU, dem Europarat) mehr Gehör zu verschaffen. Die Einrichtung eines Netzes der Umweltverantwortlichen fand denn auch Eingang in die Handlungsempfehlungen an die europäischen Kirchen.

Die Resultate der gleichzeitig mit der Grazer Versammlung stattfindenden Uno-Umweltkonferenz in New York waren eine herbe Enttäuschung. Es wurden keine verbindlichen Beschlüsse zur CO_2-Reduktion verabschiedet. Um so dringlicher ist es, dass die Kirche sich – Seite an Seite mit den Umweltorganisationen – zur Anwältin der ausgebeuteten Schöpfung macht.

Kurt Zaugg-Ott ist Co-Leiter der Arbeitsstelle der OeKU.

Politik: Ein Thema der Kirchen?

Christian Kissling

Es wäre sicher übertrieben zu behaupten, die Kirchen unseres Landes hätten sich bisher stark für Umweltbelange eingesetzt. Gewiss, dieses Engagement gab und gibt es, aber bisher ist es doch mehr oder weniger Einzelnen und engagierten Gruppen wie etwa der OeKU vorbehalten gewesen, an die Verantwortung der Christinnen und Christen für die Bewahrung der Schöpfung zu appellieren.

Worauf ist diese Zurückhaltung der Kirchen in ökologischen Fragen zurückzuführen? Ein Grund dürfte wohl der sein, dass viele Umweltprobleme in der Schweiz sich nicht mit einfachen Zaubermitteln lösen lassen, die noch dazu niemandem weh tun. Vielmehr braucht es einen anderen, eben umweltverträglicheren Lebensstil von uns allen. Die Kirchen müssten also den Gläubigen und überhaupt allen Menschen guten Willens in Erinnerung rufen, dass sie zum Wohl der Umwelt und um ihrer Kinder und Kindeskinder willen auch Verzicht leisten sollten. Genau davor besteht aber eine beträchtliche Scheu: man möchte sich nicht (schon wieder) ins Privatleben der Leute einmischen.

Daneben wird sicher auch befürchtet, der ökologische Einsatz könnte unser (noch immer viel zu kleines!) Engagement zugunsten der sogenannten Dritten Welt gefährden. Und dann kommen natürlich auch noch Behauptungen, Umweltschutz widerspreche den Notwendigkeiten der Wirtschaft, und «gerade jetzt» könnten wir uns Lenkungsabgaben, Ökosteuern und ähnliches nicht leisten (wie wenn jemals ein richtigerer Zeitpunkt für die Reform unserer Umweltzerstörungswirtschaft käme...).

Ökologie und Ökonomie versöhnen

Solche Befürchtungen scheinen mir fehl am Platz. Zuerst einmal müsste es den Kirchen darum gehen zu zeigen, dass der Verzicht auf die sonntägliche Ausfahrt zum Stautreffen an einer Autobahnbaustelle absolut verkraftbar ist, wenn man mit seinen Angehörigen auch noch etwas anderes zu unternehmen weiss, als die Welt durch die Windschutzscheibe zu betrachten und dabei Autoradio zu hören. Und dass es ebenso interessante und schöne, aber weniger stressige Ferien-destinationen gibt als auf der anderen Seite des Globus, dürfte durchaus auch einmal Gegenstand einer Predigt sein.

Aber auch was die grösseren politischen Zusammenhänge betrifft, könnten und müssten die Kirchen immer wieder eine wichtige Einsicht betonen: Es gibt langfristig keinen Zielkonflikt zwischen Wirtschafts- und Umweltpolitik, und zwar weder auf nationaler noch globaler Ebene. Und dass Ökologie und Entwicklung eine Einheit bilden (und bilden müssen), braucht hier nicht mehr betont zu werden.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Kirchen mit allem Nachdruck zur Nachhaltigkeit als neuem Kernbegriff der Sozialethik bekennen. Gerechtigkeit und Solidarität, die sich nicht auch auf unsere Nachkommen und eben deshalb auch auf Tiere und Pflanzen, auf die ganze gute Schöpfung Gottes beziehen, bleiben wesentlich unvollständig.

Die OeKU, die Bischofskonferenz und der Vorstand des SEK haben in ihren Stellungnahmen zur laufenden Totalrevision der Bundesverfassung das Verfassungsprinzip der Nachhaltigkeit gefordert. Es bleibt abzuwarten, ob sie mit diesem Ansinnen Erfolg haben werden. Einstweilen ist es vielleicht wichtiger, diesem abstrakten Postulat nun Konturen zu verleihen. Konkret muss es in Zukunft darum gehen, konsequent in politischen Auseinandersetzungen die ökologischen Anliegen in die ethische Urteilsbildung einfliessen zu lassen. Wenn wir die Nachhaltigkeit als zentralen Massstab einer christlichen Ethik akzeptieren (und wir sind gezwungen, das zu tun), dann erhalten auch scheinbar bloss technische Fragen der Verkehrs-, Landwirtschafts- und Energiepolitik und so weiter unmittelbar eine sittliche Dimension. Deshalb sind die Kirchen, sind Christinnen und Christen gefordert, hier Stellung zu beziehen.

Noch mehr politisches Engagement der Kirchen? Daran führt wohl kein Weg vorbei. Dieses Engagement wäre jedoch glaubwürdiger, wenn die Kirchenglieder, also wir uns umweltbewusster verhalten würden. Politischer Einsatz für Nachhaltigkeit und Werben für einen umweltverträglicheren Lebensstil werden somit die grossen Punkte des Einsatzes der Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung bilden.

Christian Kissling, Dr. theol, ist Sozialethiker, Vorstandsmitglied OeKU und Sekretär der Kommission Justitia et Pax der Bischofskonferenz.

Ausser man tut es...

KARL BRUNNER

Obstbauern im Thurgau, Gemüsebauern im Tessin und in Winterskigebieten Tätige im schweizerischen Voralpengebiet sind alle betroffen durch Witterungseinflüsse: In diesem Frühjahr blühten die Obstbäume zu früh und erfroren zu 80 bis 90 Prozent. Das Tessin wurde durch eine Trockenheit heimgesucht. Und man gewöhnt sich daran, dass es im Winter in den Voralpen-Skigebieten kaum mehr genügend natürlichen Schnee hat.

Es sind dies höchstwahrscheinlich alles Auswirkungen von weltweiten klimatischen Veränderungen bei uns in der Schweiz. Diese werden zu einem wesentlichen Teil durch Kohlendioxid (CO_2) verursacht, das bei der immer noch steigenden Verbrennung von Heizöl, Kohle und Erdgas weltweit entsteht. Energiesparen dient deshalb nicht nur der Umwelt und der Bewahrung der Schöpfung, sondern setzt auch ein Zeichen für heute schon durch die klimatische Veränderung direkt betroffenen Menschen in unserem Land.

Viele Industrie- und Gewerbebetriebe haben schon seit Jahren erfolgreich versucht, Energie in ihren Betrieben einzusparen. Fortschrittliche Firmen führen ein zertifizierbares Umweltmanagement ein. Damit verpflichten sie sich zur ständigen Reduktion der Umweltbelastung.

Nützt Energiesparen einer Kirchgemeinde?

Auch wenn viele Kirchen elektrisch beheizt werden, steht es einer Kirchgemeinde gut an, Energiesparen bewusst anzugehen. Die OekU hat dazu im Heft «Oekobilanzen» für die Kirchen wertvolle Grundlagen erarbeitet. Diese haben an Aktualität nichts eingebüsst, wie die in den letzten Jahren durchgeführten Halbtageskurse für Verwalter und Sigriste zeigten.

Für die Kirchgemeinden gibt es jedoch keine Energiestatistiken, durch die mittlere Energieeinsparungen in Prozenten ausgedrückt werden können. Allerdings ist es für eine Kirchgemeinde heute selbstverständlich, dass bei grösseren Bauvorhaben oder Renovationen die Energiesituation speziell begutachtet und möglichst verbessert wird.

Karl Brunner ist Umweltschutzberater bei KBO Ökotechnik St. Gallen und Mitglied des OeKU-Vorstandes.

Energiesparen in Kirchen

Energiesparen in Kirchgemeinden ist etwas, wozu alle etwas sagen möchten, weil alle davon betroffen sind. Eine Kirchgemeinde ist wie jede Organisation oder Unternehmung einem Wirkungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit, Ökologie und Betroffenen ausgesetzt. In einer extremen Form steht die Wirtschaftlichkeit absolut im Zentrum des Handelns und Wollens einer Organisation. In einer christlichen Kirche als Organisation steht – sehr vereinfacht gesagt – das im Zentrum, was Jesus Christus gelehrt hat. Mit Energiesparen besteht für eine Kirche die Möglichkeit, auf die von Jesus gelehrte Liebe zu Gott und damit auf die Liebe zu seiner ganzen Schöpfung hinzuweisen.

Bezogen auf Energiesparen eines kirchlichen Gebäudes, ergibt sich ein im wesentlichen dreiteiliges Beziehungsfeld zwischen Entscheidenden, Ausführenden und Benutzern. Zu den Entscheidenden können gezählt werden: Pfarreirat, Kirchenpfleger, Pfarrer, Verwalter, Baufachmann und Präsident/Präsidentin des Pfarreirates, Kirchenpflege und die Kirchbürger und Kirchbürgerinnen an einer Kirchgemeindeversammlung. Ausführende sind zum Beispiel Sigriste, Hilfskräfte, Stellvertretende und freie MitarbeiterInnen. Zu den Benutzern gehören Pfarrer, kirchliche MitarbeiterInnen, OrganistIn, Kirchenchor, Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Jugendliche, ältere und jüngere Erwachsene und Familien.

Diese Benutzer wünschen alle ein Raumklima in der Kirche oder in kirchlichen Gebäuden, in denen sie sich wohl fühlen. Dies ist bei allen vorgesehenen Energiesparmassnahmen zu berücksichtigen. Dabei ist zu unterscheiden, was überwindbare Gewohnheiten sind und was in unserer heutigen Zeit als Minimalanforderung an ein Raumklima zu betrachten ist. Oft sind einzelne Personen sowohl Benutzer, Entscheidende und auch Ausführende, sei es in gleichen oder in verschiedenen Sachbereichen. Nicht nur die Benutzer, sondern alle in diesem Beziehungsfeld teilhabenden Personen sind die Betroffenen von Energiesparmassnahmen. Das Einführen solcher Mass-

OeKU-Energiesparkurse

Auch im Winter 1997/1998 finden wieder Energiesparkurse für Kirchengutsverwalter und Sigriste statt. In Luzern ist vorgesehen, einen Kurs über verschiedene Umweltbelange einer Kirchgemeinde durchzuführen, wobei der Energiebereich als Auffrischung und Aktualisierung behandelt werden soll.

nahmen in Kirchgemeinden eignet sich deshalb auch sehr gut, um das Aufeinanderhören und das gegenseitige Verstehen, kurz, um die Kommunikationsfähigkeit zwischen verschiedenen Personenkreisen zu fördern und um einen grösseren Bevölkerungskreis in die Geschehnisse der Kirche einzubeziehen.

Um Energiesparmassnahmen in Kirchen und in kirchlichen Gebäuden gesamtheitlich so einzuführen, dass alle und auch die Umwelt den grösstmöglichen Nutzen daraus haben, sind folgende Schritte erforderlich:

1. Breitangelegte Bewusstseinsbildung, Aktualisierung und Wiederauffrischung energie-ökologischer Fragen unter Einbezug christlicher Ethik,

2. Energiebedürfnisanalyse unter Einbezug aller Benutzer von kirchlichen Gebäuden,

3. Ausarbeitung von sinnvollen Energiesparvorschlägen,

4. Umsetzungen von Energieeinsparungen.

Die nachfolgenden Ausführungen von Ernst Baumann zeigen, dass Energiesparmassnahmen oft auch wirtschaftlich interessant sind, sei es durch dadurch bewirkte Reduktion der Heizungskosten oder sei es durch eine bessere Erhaltung der oft sehr wertvollen Bausubstanz und Inneneinrichtungen einer Kirche.

...in Kirchen zuerst

ERNST BAUMANN

In der Schweiz sind schätzungsweise über 4500 Kirchen mit einem Gebäudewert von 20 bis 30 Mia. Fr. vorhanden. Nimmt man einen Renovationszyklus von 40 Jahren an, werden somit jährlich mehr als 100 Kirchen für 0,3 bis 0,5 Mia. Fr. renoviert. Bei derart hohen Kosten fragt es sich, welche Faktoren die Renovation am meisten verteuern.

Mit dem Beginn der ersten systematischen Untersuchungen über den Energiebedarf in evangelischen Kirchen kam zusehends mehr Licht in die komplizierten Vorgänge beim Beheizen der Kirchen. Obwohl sie zu den anspruchsvollsten Gebäuden gehören, welche beheizt werden, ist es erstaunlich, dass die Kenntnisse über das zweckmässige Heizen öfters in krassem Widerspruch zu bisherigen Ansichten stehen.

Energiebedarf

Vielerorts herrscht die Meinung, das Temperieren einer Kirche während der Woche sei sparsamer als das weitgehende Abschalten der Heizung mit anschliessendem Wiederaufheizen, was nicht stimmt. Der Durchheizbetrieb braucht bei ein- bis zweimaliger Nutzung je Woche zwei- bis dreimal mehr Energie als der Heizbetrieb mit Abschalten.

Die Anwendung von Alternativenergien verlangt grosse Wärmeabgabeflächen. Dieses Konzept ist geeignet, sofern eine Kirche eine tägliche Nutzung aufweist, nicht aber dann, wenn sie nur zwei bis drei Stunden je Woche benutzt wird.

Innentemperaturen

Bei vielen Kirchen ist die Raumlufttemperatur auf Bankhöhe praktisch gleich wie unter der Decke, unabhängig davon, ob die Wärmeabgabe mit einer Bank- oder Fussbodenheizung geschieht.

Der Durchheizbetrieb macht aus einem historischen Gebäude, welches zum Zeitpunkt der Erstellung ohne Heizung gebaut wurde, ein ständig beheiztes Gebäude mit problematischen Wärmebrücken. Sie sind als feuchte, dunkle Stellen mit Verschwärzungen zu erkennen und in vielen Fällen eine Folge des ständen Beheizens auf zu hohem Temperaturniveau und nicht des Nichtbeheizens! Im weiteren ist für die Orgel das geeignete Raumklima im Abschaltbetrieb risikoärmer als im Durchheizbetrieb. Eine erstmals durch die Empa in einer Kirche durchgeführte Luftwechselmessung ergab, dass der natürliche Luftaustausch 10- bis 20mal kleiner ist, als bisher angenommen wurde!

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die für die Heizung verantwortlichen Personen in der Lage sind, den Heizenergiebedarf um bis zu einen Drittel zu beeinflussen.

Renovationen

In vielen Fällen steht die Kirchenvorsteherschaft vor schwierigen Entscheiden, muss sie doch die verschiedenen Interessen und Einflussfaktoren unter einen Hut bringen. Ein Blick auf die Zusammensetzung von Kirchenvorsteherschaften zeigt öfters, dass ein kompetenter Gesprächspartner gegenüber dem Architekten fehlt. Prüft man, wie es zu Kirchenrenovationen kommt, hat meistens der Zustand des Kircheninnern den Anstoss dazu gegeben. Dieser Zustand der Innenwände und der Decke wird am meisten durch den praktizierten Heizbetrieb beeinflusst!

Vor einer Kirchenrenovation oder zur Abminderung des Energiebedarfes gilt es, im Gespräch mit den direkt betroffenen Personen das massgeschneiderte Konzept festzulegen. Es zeigt sich immer wieder deutlich, dass das Heizsystem und die Art und Weise des Beheizens den grössten Einfluss auf die Bausubstanz und die Inneneinrichtungen haben.

Ernst Baumann ist Bauphysiker in Bazenheid SG.

Bestellformular

Bei der OeKU können folgende Materialien zur SchöpfungsZeit '97
«Klima der Hoffnung – Leben mit mehr Stil und weniger Energie» bezogen werden:

- Eine Sammelmappe mit **Arbeitshilfen** zu Besinnung und Gottesdienst, Vorschlägen für die Gemeindearbeit, Informationen zur schweizerischen Klima- und Energiepolitik und einer Materialzusammenstellung für Unterricht und Freizeit 8 Franken
- **Kalender** zur SchöpfungZeit'97.1–5 Expl. 6 Franken
  6–20 Expl. 4 Franken
  21–100 Expl. 2.50 Franken
  ab 100 Expl. 1.50 Franken
- Weitere Exemplare des vorliegenden Magazins 3 Franken

Andere Materialien:

- Den Kindern eine Zukunft geben: Arbeitsdokumentation zur SchöpfungsZeit '95 7 Franken
- Unser täglich Brot – wie machen wir's heute? Arbeitsdokumentation zur SchöpfungsZeit '96 Gentechnologie und Ernährung 7 Franken
- Mit der Schöpfung danken, leiden, hoffen... ...Anregungen zum Erntedank, 1990 5 Franken
- ...heute noch einen Apfelbaum pflanzen – Ökumenisches Liederbuch zur Schöpfung, 1989 5 Franken
- Von Fledermäusen, Wärmepumpen und anderen Kreaturen – Gelebte Mitgeschöpflichkeit im kirchlichen Alltag, 1993 10 Franken
- Oeku-Bilanz in der Kirche: Ein Fragebogen zur Bewahrung der Schöpfung im Alltag, 1989 3 Franken

Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft bei der OeKU.
Bitte schicken Sie mir Unterlagen!

Absender: _____

_____

Senden an:
Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt (OeKU)
Postfach 7449, 3001 Bern, Tel. 031/372 44 14, Fax 031/371 12 64

Förderung des Umweltengagements der Kirchen?
Berücksichtigen Sie die OeKU bei der Vergabe von Kollekten und Spenden. Die OeKU lebt – neben den Mitgliederbeiträgen und projektbezogener Unterstützung – zu einem Drittel von freiwilligen Beiträgen. Wir brauchen Ihre Unterstützung! PC-Konto 34-800-3

Hinweise

Providentia-Vereinsversammlung

Der Schweizerische Priesterverein Providentia lädt auf Dienstag, den 30. September 1997 zur Generalversammlung ein; sie beginnt um 14.15 Uhr im Hotel Kolping in Luzern. Nebst den üblichen Traktanden diskutieren wir über die Gründung der neuen Priesterstiftung Providentia (der Auftrag für den Entwurf wurde dem Vorstand anlässlich der letzten Generalversammlung vom 11. September 1996 durch die Vereinsversammlung erteilt). Dabei werden die neuen Statuten bereinigt und die Beschlussfassung für die nötige Urabstimmung durchgeführt.

Anschliessend an die GV wird ein Zabig offeriert. Zu zahlreicher Teilnahme lädt im Namen des Vorstandes freundlich ein: Der Präsident:
a.Pfr. *Josef Eberli,* Giswil

Neue Bücher

Ostkirchen

Erich Bryner, Die Ostkirchen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen III/10), Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1996, 144 Seiten.

In den letzten Jahren sind manche Bücher über die Ostkirchen (orthodoxe, vorchalkedonensische und mit Rom in Communio stehende) in geläufigen Sprachen erschienen, Gesamt- oder Teilüberblicke, häufig illustriert und zumeist auch für ein weiteres Publikum gedacht. Eine Lücke füllt vorliegendes Buch, das nüchtern (aber nicht ohne «Sym-pathie» = Mit-empfinden) die Geschichte all dieser Kirchen seit etwa 1700 skizziert, und zwar bis in die jüngste Vergangenheit (Ende 1995), im Anschluss an fünf weitere, zum Teil schon erschienene Bände über die andern Epochen. Das Einteilungsprinzip ist historisch-geographisch: Nach dem ökumenischen Patriarchat Konstantinopel folgen die orthodoxen Kirchen im Vorderen Orient, in Russland, in Georgien, in Südosteuropa, in Ostmitteleuropa, sodann die orientalischen Nationalkirchen (ost- und westsyrische, koptische, äthiopische und armenische Kirche sowie, gesondert, die syrischen Kirchen in Indien). Ein (vielleicht allzu knapp geratenes) Kapitel gilt den mit Rom unierten Ostkirchen. Den Abschluss bilden die Beziehungen der Orthodoxie zur Ökumene.

Ein Literaturverzeichnis von rund 225 Titeln (Bücher, Broschüren, Artikel) und die genauen Fussnoten dokumentieren die wissenschaftliche Ernsthaftigkeit; die übersichtliche Einteilung und der klare, flüssige Stil erlauben eine angenehme Lektüre ebenso wie ein rasches Nachschlagen. Die Leitung des Instituts «Glaube in der 2. Welt» erlaubt dem Verfasser, sehr sorgfältig vor Ort und in der Primärliteratur recherchierte Angaben einzubauen, die nicht auf die oft ungenauen und übertriebenen Daten der Betroffenen angewiesen sind.

Der Verfasser, Titularprofessor für osteuropäische Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Zürich, kann sich auch auf slawische Quellen berufen; die altorientalischen Kirchen sind gut in westeuropäischen Sprachen aufgearbeitet. Der wohlfeile Preis (broschiert ca. Fr. 21.80, geb. ca. Fr. 24.80) – ohne Ilustrationen, Tabellen und Listen, aber mit genauen Daten, oft bis auf den Tag, und mit häufigen Zahlenangaben – empfiehlt sich weit über die Bibliotheken hinaus! Man möchte wünschen, dass in 5 bis 10 Jahren ein Nachtrag erschiene, vielleicht als Nummer der Zeitschrift G2W, um das wertvolle Buch à jour zu halten.

Iso Baumer

Thomas von Aquin

Jean-Pierre Torell O. P., Magister Thomas. Leben und Werk des Thomas von Aquin. Aus dem Französischen übersetzt von Katharina Weibel in Zusammenarbeit mit Daniel Fischli und Ruedi Imbach. Mit einem Geleitwort von Ruedi Imbach, Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1995, 412 Seiten.

Der Autor ist Dogmatik-Professor im schweizerischen Freiburg. Sein Buch über Leben und Werk des Thomas von Aquin stellt die Synthese der aktuellen Forschung über den Aquinaten dar. Das Forschungsergebnis ist imposant, und dieses Thomas-Buch wird wohl für einige Zeit als grundlegend gewertet, nicht nur für die Biographie des Dominikaners, sondern auch für sein gesamtes Werk, das in die Arbeit Torells einbezogen ist. Aber auch für die Themenfelder Universität, Mendikanten, Scholastik, Aristoteles usw. ist dieses Buch zuständig. Torells subtile Forschung korrigiert in vielen Details die Ergebnisse der bisherigen Forschung. Um Torell kommt auch kein Mediävist herum, und es ist ihm zu raten, in diesem Standardwerk nachzuschlagen. Trotzdem hat das Buch in erster Linie epischen Charakter. Es ist eine Biographie, an der jeder mediävistisch und kirchenhistorisch Interessierte Freude hat, sofern er bereit ist, mit Geduld den Spuren des grossen Thomas zu folgen.

Leo Ettlin

Predigten

Emmanuel Jungclaussen (Hrsg.: Ulrich Schütz), Leben im Geheimnis. Hundert geistliche Predigten für Sonn- und Festtage im Jahr, Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1997, 220 Seiten.

Der Abt des ökumenisch sehr engagierten Benediktinerklosters Niederaltaich an der Donau hat eine starke Ausstrahlungskraft. Er ist bekannt durch sein spirituelles Engagement in Wort und Schrift und sein Wirken für eine mystische Ökumene. Der vorliegende Band enthält etwa hundert Sonntags- und Festtagspredigten und Ansprachen für besondere Anlässe wie Trauung, Beerdigung. Aber die einzelnen Predigten sind im vorliegenden Band nicht vollständig wiedergegeben. Sie sind auf knapp zwei Buchseiten verdichtet unter grösstmöglicher Wahrung der Originalversion. In dieser Komprimierung wirken die Ansprachen noch intensiver und provozieren direkt zum Verweilen und Meditieren, was ja das Grundanliegen des Pater Spiritualis von Niederaltaich ist.

Leo Ettlin

MIT DEM PLUS FÜR ALLE · A OGNUNO DI PIÙ · UN PLUS POUR CHACUN
MAX HAVELAAR

HERZOG AG
KERZENFABRIK 6210 SURSEE
Opferlichter
Kerzen aus Eigenproduktion.
Nachfüller für Glas und Becher
Passende Opferlichtständer stets ab Lager.
Glas oder Becher aus umweltfreundlichem Material. Rot, glasklar und bernstein.
Tel. 041 921 10 38
Fax 041 921 82 24

Röm.-kath. Kirchgemeinde Therwil/Biel-Benken

Zur Ergänzung unseres Pfarreiteams suchen wir einen/eine

Pastoralassistenten/-in

Zu Ihren Aufgaben gehören:
- Begleitung und Betreuung von Jugendgruppen
- Beratung von Jugendlichen und Eltern
- Erteilung von Religionsunterricht
- Betreuung der Firmlinge
- Mitarbeit in der Liturgie sowie der allgemeinen Pfarreiseelsorge

Wir erwarten von Ihnen:
- eine fachliche Ausbildung als Pastoralassistent/-in
- Freude an der Jugendarbeit
- Team-, Gesprächs- und Konfliktfähigkeit
- Initiative und aktives Mitdenken
- Mitarbeit am Aufbau der Gemeinde
- Freude an der Musik

Wir bieten Ihnen:
- selbständiges Arbeiten
- breites Einsatzspektrum
- eine verantwortungsvolle und befriedigende Aufgabe
- ein gutes Arbeitsklima
- flexible Arbeitszeiten
- Entlöhnung und Sozialleistungen nach Richtlinien der Röm.-kath. Landeskirche Basel-Land

Für weitere Informationen steht Ihnen Ruth Scheiwiler, Telefon 061-721 29 30, gerne zur Verfügung.

Ihre schriftliche Bewerbung erwarten wir bis spätestens 25. September 1997. Ruth Scheiwiler, Blumenstrasse 18, 4106 Therwil (BL)

auf·bruch

Wollen Sie mit uns aufbrechen?

Unser langjähriger Redaktor übernimmt eine neue Aufgabe. Sind **Sie** vielleicht sein/seine Nachfolger/-in und unser/unsere künftige/r

Redaktor/Redaktorin (60%)

Als solche/r sind Sie interessiert an basisorientierten gesellschafts- und kirchenpolitischen Vorgängen sowie an spirituellen, religiösen und ökumenischen Fragen und Entwicklungen. Sie kennen sich bestens aus in der (kath.) kirchlichen Landschaft und Ihr Herz schlägt für eine befreiende und geschwisterliche Kirche. Sie bringen journalistische oder redaktionelle Erfahrung mit, aber auch Sinn für Organisation und Administration. Ihre theologische Kompetenz ist uns wichtig.
Sie arbeiten im Zweierteam und werden von einem Redaktionsteam unterstützt. Arbeitsbeginn 1. November 1997 oder nach Vereinbarung, Arbeitsort nach Absprache.

Wir freuen uns, mit Ihnen aufzubrechen!

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an: Frau A. Jünger, Obere Leihofstrasse 5, 8820 Wädenswil. Für Informationen steht Ihnen unsere Redaktorin Barbara Helg, gerne zur Verfügung. Telefon 01-212 41 01

Katholische Kirchgemeinde Widnau

Wir suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/einen

Pastoralassistentin

(dipl. Laientheologin)

Pastoralassistenten

(dipl. Laientheologe)

Unsere Kirchgemeinde zählt ca. 5000 Katholiken. Seit zwei Jahren sind wir zusammen mit Balgach in einem Seelsorgeverband. Nebst dem Pfarradministrator und dem Kaplan sind bereits ein vollamtlicher Pastoralassistent und ein Priester im Teilamt im Team. Zu Ihren zukünftigen Aufgaben gehören:
- Zusammenarbeit im Seelsorgeteam und im Pfarreirat
- Liturgie: Predigten, Wortgottesdienste (bei Beerdigungen und Taufen), Schülergottesdienste, ökumenische Gottesdienste, alternative Formen der Spiritualität
- Religionsunterricht, Kontakte zu den Katecheten/-innen
- Brautleute und Taufgespräche
- Kranken- und Behindertenseelsorge
- Mitarbeit bei der Firmvorbereitung
- Übernahme von diversen Präsesämtern
- Jugendarbeit

Haben Sie eine positive Einstellung zur Kirche, sind einsatzfreudig und teamfähig und haben Erfahrung im kirchlichen Dienst, dann erwarten wir gerne Ihre Bewerbungsunterlagen. Richten Sie diese bitte an: Kath. Kirchenverwaltungsrat Widnau, Nobert Gächter, Präsident, Birkenstrasse 51, 9443 Widnau. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme

Arbeitsstelle für die katholische Jugendseelsorge im Aargau

Die *Arbeitsstelle für Jugendseelsorge* ist eine Dienstleistungsstelle der Röm.-Kath. Landeskirche in der Bistumsregion Aargau. Ihre Ziele sind die Belebung, Entwicklung, Förderung und Konsolidierung der kirchlichen Jugendarbeit im Kanton Aargau.

Wir suchen für die Arbeitsstelle in Wettingen ab November 1997 oder nach Vereinbarung

Mitarbeiter/-in Jugendseelsorge

(Stellenpensum mind. 60%)

Aufgabenbereiche: Beratung, Begleitung, Weiterbildungsangebote für Jugendseelsorgerinnen/Jugendseelsorger und Pfarreigremien. Grundlagen- und Konzeptarbeit, Projektarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Administration.

Voraussetzung für diese Stelle sind nach Möglichkeit eine Ausbildung in Theologie oder aber im sozialen oder sozialpädagogischen Bereich sowie Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendlichen und Vertrautheit mit dem kirchlichen Leben.

Die Anstellung erfolgt nach den Richtlinien der Röm.-Kath. Landeskirche des Kantons Aargau.

Für Informationen wenden Sie sich an den Stellenleiter der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge: Kurt Adler-Sacher, Feerstrasse 8, 5000 Aarau, Telefon 062-822 86 06.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bis 16. September 1997 an:
Sekretariat der Röm.-Kath. Landeskirche des Kantons Aargau, Feerstrasse 8, Postfach, 5001 Aarau

Römisch-katholische Kirchgemeinde Kriegstetten-Gerlafingen

Für unsere Pfarrei Gerlafingen im Solothurnischen Wasseramt suchen wir zum baldmöglichsten Zeitpunkt oder nach Übereinkunft eine Persönlichkeit als

Gemeindeleiter/Gemeindeleiterin/Pfarrer

die gewillt ist, mit uns den eingeschlagenen Weg weiterzugehen, Freud und Leid mit uns zu teilen und uns auf dem Weg des Glaubens motiviert und stärkt.

Wir sind eine Pfarrei mit ca. 1400 Katholiken. Kirche, Pfarrhaus mit Garten und Pfarreiheim sind zusammengebaut und erlauben ideale Arbeitsbedingungen. Ein Pfarreisekretariat und nebenamtliche Katechetinnen und Katecheten, weitere engagierte Helferinnen und Helfer unterstützen Sie bei Ihrer Arbeit.

Falls Sie keine 100%-Anstellung wünschten, wären wir auch offen für eine Teilzeitanstellung.

Wir laden Sie herzlich ein, mit uns Kontakt aufzunehmen, und freuen uns, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Auskunft erteilt gerne Gemeindepräsident Martin von Büren, Gehrenstrasse 20, 4566 Oekingen, Telefon P 032 - 675 23 82, G 032 - 624 25 01

Institut für Logotherapie und Existenzanalyse nach Viktor Frankl
CH - 7002 Chur

Zusatzausbildung in Logotherapie und Existenzanalyse nach Viktor E. Frankl

(berufsbegleitend)

Logotherapie ist eine sinnzentrierte Psychotherapie, begründet in den Dreissigerjahren durch den weltberühmten Arzt, Psychiater und Neurologen Prof. Dr. med. et phil. Viktor E. Frankl. Sie bildet eine bedeutsame Ergänzung zu den anderen Therapierichtungen, in dem sie, neben dem Psychophysikum, besonders die geistige Dimension des Menschen miteinbezieht.

Nächster Kursbeginn: Januar 1998.

Die Ausbildung richtet sich an ÄrztInnen, PsychologInnen, TheologInnen, PädagogInnen sowie an Berufsleute im Sozial- und Gesundheitswesen.

Das Referententeam deckt ein breites Spektrum von Anwendungsgebieten ab, z. B. Medizin, Psychiatrie, Psychotherapie, Theologie, Pädagogik und Beratung.

Leiter des Institutes: Dr. phil. G. Albrecht, Bad Ragaz.

Wir senden Ihnen gerne Unterlagen.
Institut für Logotherapie und Existenzanalyse, Postfach, CH-7002 Chur, Telefon 081 - 353 19 62

Telefonische Auskünfte erteilen:
M. Meier (Sekretariat), Telefon 081 - 353 19 62 (ab 18 Uhr)
Dr. G. Albrecht, Telefon G: 081 - 252 56 58, P: 081 - 302 40 16

Katholische Kirchgemeinde Wittenbach-Kronbühl

Wir suchen auf den nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen

Mitarbeiter/-in

zur weiteren Ergänzung unseres Pastoralteams in einem 80–100%-Pensum.

Mit einer Ausbildung als Pastoralassistent/-in oder als Diplomkatechet/-in sind Sie bei uns richtig.

Der Aufgabenbereich umfasst:
- Religionsunterricht in der Mittelstufe
- Vorbereiten und Mitgestalten von Gottesdiensten
- Mitarbeit in der Firmvorbereitung

Im Rahmen einer angelaufenen Neustrukturierung des Teams sind in gegenseitiger Absprache weitere Aufgabenzuteilungen möglich.

Auskunft erteilt Ihnen gerne der Pfarreileiter Markus Zweifel, Telefon 071 - 298 30 20.

Ihre Bewerbung wollen Sie an den Kirchenverwaltungsrat Wittenbach-Kronbühl, zuhanden G. Baumgartner, Holengartenstrasse 8, 9302 Kronbühl, richten.

Die katholische Kirchgemeinde Rohrdorf

(bestehend aus den Aargauer Gemeinden Oberrohrdorf, Niederrohrdorf, Remetschwil) sucht zur Ergänzung des Seelsorgeteams einen/eine

Pfarrer oder Gemeindeleiter/-in, priesterlichen Mitarbeiter und einen/eine Mitarbeiter/-in für Katechese und Jugendarbeit

Wir wünschen uns für unsere aktive, gut organisierte Pfarrei: kommunikative und volksverbundene Persönlichkeiten für die Jugendarbeit, Pflege von Einheit und Vielfalt, Verbindung von Tradition und Erneuerung, Ausbau der Ökumene sowie Zusammenarbeit mit Laiengruppen.

Schwerpunkt Katechese: Firmung ab 17.
Schwerpunkt Jugendarbeit: offene und verbandliche Jugendarbeit (BR/JW).

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne:
Eugen Trost-Kretz, Gemeindeleiter, Telefon 056 - 496 18 06, oder Urs Zimmermann-Ender, Präsident der Kirchenpflege, Ramsigweg 7, 5452 Oberrohrdorf, Telefon 056 - 496 20 82

Schweizer Opferlichte EREMITA
direkt vom Hersteller
- in umweltfreundlichen Bechern – kein PVC
- in den Farben: rot, honig, weiss
- mehrmals verwendbar, preisgünstig
- rauchfrei, gute Brenneigenschaften
- prompte Lieferung

Senden Sie mir Gratismuster mit Preisen
Name
Adresse
PLZ/Ort
Einsiedeln an: Lienert-Kerzen AG, Kerzenfabrik, 8840 Einsiedeln
Tel. 055/412 23 81, Fax 055/412 88 14

LIENERT KERZEN

Die praktische und allseit sehr beliebte

Pfarrei-Agenda 1998

ist soeben erschienen. Diese bietet Ihnen:
- Jahresübersicht
- Monatsblätter
- Übersichtliche Wocheneinteilung auf Doppelseite
- Vormerkkalender 1999
- Visitatio, Unterrichtstabellen und Notizseiten
- Ecken zum Abreissen anperforiert
- Format 19,5x29,7 cm.
- Preis Fr. 31.40 plus Porto und Verpackung

Bestellungen nimmt gerne entgegen:
Druckerei Schüpfheim AG, 6170 Schüpfheim,
Tel. 041 484 21 21 oder Fax 041 484 26 60

radio vatikan deutsch
täglich:
6.20 bis 6.40 Uhr, 20.20 bis 20.40 Uhr
MW: 1530 kHz, KW: 6245/7250/9645 kHz

Bergpfarrei sucht

Patenpfarrei

für Realisierung
der Kirchenrenovation.

Kath. Pfarramt 7456 Sur (GR)

Pfarrhaushälterin

sucht nach Tod des Altpfarrers eine Stelle
- **in Pfarrhaushalt/Sekretariat, mit Kenntnis am Computer, oder**
- **in kirchlicher Institution**

Einsatzbereit auch in Sakristanendienst und Seelsorge.
Bistum St. Gallen bevorzugt.
Kontakte bitte unter Chiffre 1781 an Schweiz. Kirchenzeitung, Postfach 4141, 6002 Luzern

Wir sind eine international tätige Managementgesellschaft in den Bereichen Schiffahrt und Hotellerie. Als solche setzen wir hohe Ansprüche an Qualität und Dienstleistung und sehen es als unsere Aufgabe, unseren Gästen eine sehr persönliche und individuelle Atmosphäre zu bieten.

Unser Hochseeschiff, die *MS Switzerland,* geht vom 8. November 1997 bis 2. April 1998 auf eine Weltreise. Für diese Zeit suchen wir

ökumenischen Pfarrer/Priester m/w

Möchten Sie in die Welt hinaus und eine unvergessliche Reise erleben? In einer nicht alltäglichen Umgebung betreuen Sie unsere Gäste und die Crew. Wir bieten Ihnen freie Kost und Logis an Bord.

Sind Sie interessiert? Dann zögern Sie nicht und senden uns Ihre Bewerbungsunterlagen mit Foto.

International Cruise and Hotel Management SA
Herr Urs Andrey
Villa Stadtpark, Neue Jonastrasse 91
Postfach 1476
CH-8640 Rapperswil
Telefon 055 - 220 84 44

Die **Röm.-kath. Kirchgemeinde Reinach (BL)** sucht *per sofort*

2 Seelsorgerinnen oder Seelsorger

für die Pfarrei St. Nikolaus mit folgenden Aufgaben:

Jugendseelsorger/-in
- Betreuung von Jugendlichen vor, während und nach der Firmung
- Begleitung von Verbänden (Jungwacht, Blauring, Pfadi)
- offene Jugendarbeit
- ausserschulischer Religionsunterricht an der Oberstufe (8. Klasse)
- kooperativ-konfessioneller Religionsunterricht an der Oberstufe (6. Klasse) und Betreuung des Rektorats
- Mitarbeit bei allgemeinen Seelsorgeaufgaben

Seelsorger/-in (allgemein)
- Vorbereitung und Feiern von Gottesdiensten in Spital, Altersheim, Wohn- und Behindertenzentrum
- Begleitung diverser Vereine und Gruppen
- Erwachsenenbildung
- Vorbereiten und Feiern von Taufen, Taufeltern- und Familienbetreuung
- Gottesdienste für Vorschulalter bis Erstkommunion
- Mithilfe bei Altersbetreuung und Beerdigungen

Als Seelsorgerin/-in der katholischen Kirche und einer lebendigen Gemeinde sind Sie offen, teamfähig, tolerant, flexibel und aufgeschlossen für ökumenische Zusammenarbeit.
Unsere Kirchgemeinde Reinach hat für das Pfarreileben, die Seelsorge und das Zusammenarbeiten unserer beiden Pfarreien St. Nikolaus und St. Marien mit rund 5000 bzw. 2500 Katholiken ein *neues Strukturmodell* diskutiert und im Frühsommer 1997 genehmigt.

Weitere Auskünfte erteilen Frau C. Schuler, Pastoralassistentin, und Herr J. Bieger, Gemeindeleiter ad interim, unter Telefon 061-711 38 00, sowie der Pfarrverantwortliche, Herr Th. Jeker, unter Telefon 061-712 06 10 (abends).

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen zu richten an:
Röm.-kath. Kirchgemeinde, Herr Th. Jeker, Hubackerweg 41, 4153 Reinach (BL)

AZA 6002 LUZERN
0007531 68
Herrn Th. Pfammatter
Buchhandlung
Postfach 1549
6061 Sarnen 1
35/28. 8. 1997